# **Viel Engagement und Herzblut**

Organe der Meinungs- und Willensbildung/ Weiterbildung des Landesseniorenbeirats in Güstrow



Simone Gladasch von der BAGSO bei ihrem Vortrag

In Kooperation mit der Ehrenamtsstiftung hatte der Landesseniorenbeirat Anfang Mai zu einer Weiterbildungsveranstaltung für Vorsitzende bzw. Mitglieder von kommunalen Seniorenbeiräten in die Landessportschule in Güstrow eingeladen. Über 30 Senioren\*innen waren aus den Städten und Dörfern angereist. LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich und Geschäftsstellenleiterin Anett Müller hatten mit tatkräftiger Unterstützung des Schatzmeisters Jürgen Lorenz und der Beisitzerin Monika Schmidt alles sehr gut und gründlich vorbereitet. Umfeld und Bedingungen stimmten.

Schwerpunkte waren: Struktur und Aufgaben des LSB, Arbeit, Bildung und Wahl der Seniorenbeiräte, Aktivierung der Beiräte und deren Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern, Seniorenpolitisches Gesamtkonzept, Bezahlbares Wohnen in MV, Generationendialog und das BAGSO-Projekt "Im Alter IN FORM -Potenziale in Kommunen aktivieren".

Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Darlegungen von Bernd Rosenheinrich. Erfahrene Seniorenbeiratsmitglieder wie auch Neueinsteiger beteiligten sich rege an den Aussprachen. Sie legten ihre Erfahrungen dar oder ließen sich Lösungsvarianten erklären. Verwundert waren sie über die Aussage, dass es "keine verlässlichen Angaben zur Anzahl der kommunalen Seniorenbeiräte im Land gibt und die Anfragen bei den Kommunen

Fortsetzung auf Seite 3

Aus dem innait		
Seite	9	Starke Muskeln bringen Lebensqualität
Seite	19	Aus Landkreisen und Städten
Seite	27	Lebenszufriedenheit und Gesundheit

#### Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des "Seniorenkuriers",

der 23. April 2020 als Termin für das 11. Altenparlament steht nun fest. Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp hat im März das Organisationskomitee berufen. In drei Arbeitskreisen werden die Themen für die Leitanträge bearbeitet. Konkrete Informationen finden Sie in diesem Seniorenkurier.

Elektro-Tretroller können bald in deutschen Städten starten. Der Bundesrat machte im Mai den Weg für eine Zulassung sogenannter E-Scooter mit maximal 20 Kilometern pro Stunde im Sommer frei - änderte aber wichtige Sicherheitsregeln: Fahrer müssen mindestens 14 Jahre alt sein und Radwege nutzen, auch wenn sie auf langsameren Modellen unterwegs sind. Gehwege bleiben für die neuen Gefährte zum Schutz von Fußgängern tabu. Die Bundesregierung wird die Änderungen nun wohl zügig umsetzen.

Ob dies in der Praxis auch so funktioniert, erscheint mehr als fraglich. Wie ist dies bei gemeinsamen Fuß- und Radwegen? Halten sich die Elektro-Tretrollerfahrer genauso an das Benutzungsverbot von Fußwegen wie die Radfahrer? Gefährdet sind wieder die Schwächsten im Straßenverkehr, wie Kinder, Senioren und Menschen mit Sinnes- und Bewegungsbeeinträchtigungen. Für alle, die aus diesen Gründen nicht mehr schnell genug reagieren und ausweichen können, steigt die Unfallgefahr drastisch an. Schwere Verletzungen sind bei den möglichen Geschwindigkeiten vorprogrammiert. Deshalb sollten die Ordnungskräfte von vornherein wenig Nachsicht zeigen und konsequent gegen Verstöße vorgehen.

Wünschen wir uns gemeinsam, dass der Schutz der Schwächsten höchste Priorität besitzt.

> Bernd Rosenheinrich Vorsitzender des Landesseniorenbeirats M-V e. V.









# HAND AUF'S HERZ: HEUTE SCHON HÄNDE DESINFIZIERT?

Der Aktionstag "Händehygiene" bei Vitanas in Schwerin

Händedesinfektion gilt seit langem als eine der wirksamsten Maßnahmen zur Unterbrechung von Infektionsketten. Der Internationale Tag der Händehygiene am 5.5. soll alljährlich die Aufmerksamkeit auf die fachgerechte Desinfektion lenken.

In Anlehnung daran haben die Vitanas Senioren Centren Am Schlossgarten und Im Casino gemeinsam den Aktionstag "Hand auf's Herz – Hände desinfiziert?" veranstaltet. Einen Tag lang drehte sich alles um die richtige Händehygiene. Information, Aufklärung und Sensibilisierung standen im Mittelpunkt des abwechslungsreichen Aktionsprogramms. Nach der Eröffnung durch Centrumsleiterin Nicole Solenski und Pflegedienstleiterin Sabrina Schröder konnten die Besucher einen ersten Überblick durch den Film "Die 5 Momente der Händedesinfektion" bekommen. An verschiedenen

Lern- und Übungsstationen leiteten Fachkräfte zur richtigen Händedesinfektion an. Die richtige Umsetzung konnten die Teilnehmer mit einer UV-Lampe, die von Mitarbeitern des Vitanas Sozialpsychiatrischen Centrums Koog-Haus extra gefertigt wurde, prüfen. Leckere Stärkungen gab es am "Mikroben-Buffet" mit lustigen Snacks im Viren-Design. Weitere Highlights waren die Mikrobenwand mit selbst gebastelten Erregern und zugehörigen Steckbriefen, das "Hygienequiz" und ein Erinnerungsbanner, auf dem alle Teilnehmer ihren Handabdruck hinterlassen konnten.



**Ihre Ansprechpartnerin:**Nicole Solenski, Centrumsleiterin



**Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten** Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin **☎** (0385) 51 19 − 0 | vitanas.de/amschlossgarten Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin

☎ (0385) 575 66 - 0 | vitanas.de/imcasino

#### Fortsetzung von Seite 1

lückenhaft bzw. gar nicht beantwortet" würden. Es wird davon ausgegangen, dass es 70 Seniorenbeiräte, aber auch noch viele weiße Flecken gibt. In den sechs Landkreisen und in den kreisfreien Städten Schwerin und Rostock sind die Seniorenbeiräte seit Jahren arbeitsfähig und vertreten die Interessen und Belange der Senioren\*innen in MV.

Breiten Raum nahm die Problematik des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts ein. Im Erfahrungsaustausch zeigte es sich, dass sich die Senioren\*innen für die Senioren\*innen in vielfältigster Art und Weise engagieren, viel Zeit und Mühe auf sich nehmen, um für Andere als Ansprechpartner, Helfer und Ratgeber zur Verfügung zu stehen.

Zum Tagesordnungspunkt "Aktivierung der Beiräte und deren Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern" konnten wir den Bürgermeister der Stadt Ludwigslust, Reinhard Mach, sowie Rüdiger Kozian aus dem Ostseebad Kühlungsborn begrüßen. Beide legten dar, wie die Zusammenarbeit klappe, und sprachen sich übereinstimmend lobend zum Engagement und zur Unterstützung der Beiräte für Stadtvertreter und Verwaltung aus. Zur Thematik: "Bezahlbares Wohnen in MV" informierten Jeannine Harder, Abteilungsleiterin der Wohnungsgenossenschaft Schiffahrt-Hafen Rostock, und Ulrich Reimer von der Allgemeinen Wohnungsbau-Genossenschaft Güstrow. Ihre ausführlichen Darlegungen, ergänzt durch entsprechende Dokumentationen, fanden große Beachtung und lösten viele Fragen aus. Mit Spannung wurden die Ausführungen der BAGSO-Mitarbeiterin Simone Gladasch zum oben genannten Projekt erwartet. Ihre praktischen und nachvollziehbaren Ausführungen und die Informationen zum Beratungsangebot



# Gutes tun in MV

für Verantwortliche in der kommunalen Seniorenarbeit regten zum Nachdenken und Handeln an.

Auch wenn der Landesseniorenbeirat, am 10. November 1994 gegründet, und die Orts-, Stadt- und Kreisseniorenbeiräte als Organe der Meinungs- und Willensbildung auf sozialem, politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sich engagieren und dabei Anerkennung, Lob und Würdigung erfah-

ren, gibt es noch viel zu tun, damit sich weitere Seniorenbeiräte gründen, um flächenmäßig die Seniorenarbeit auf ein höheres Niveau zu bringen.

Die Weiterbildung war gut und notwendig. Die ausgelegten Informationsmaterialien wurden gern mitgenommen, um sie in aller Ruhe nachzulesen und die Erkenntnisse zur Aktivierung der Arbeit im Seniorenbeirat weiterzugeben. Lob und Dank nahmen die Akteure von den Teilnehmern beim Resümee der Veranstaltung entgegen und versprachen, an weiteren Veranstaltungen teilzunehmen.

Erich Rottenau Vorsitzender des Seniorenbeirats Malchow Mitglied des Kreisseniorenbeirats



Große Aufmerksamkeit fand die Weiterbildung der Mitglieder kommunaler Seniorenbeiräte.

# Doris Schmid vom Seniorenbeirat Plate bei Schwerin fasst ihre Eindrücke so zusammen:

"Für mich als Neuling war es die erste Veranstaltung; sie hat mich sehr bewegt und erstaunt. Faszinierend fand ich, mit wieviel Engagement und Herzblut ehrenamtliche Senioren die bürgerschaftlichen Interessen ihrer Mitmenschen verbessern und erkämpfen. Der Austausch von Erfahrungen, neuen Eindrücken und Ideen, selbst die Pausengespräche waren sehr gewinnbringend. Diese Eindrücke befähigen uns, weiterhin für die Belange und Bedürfnisse unserer Bürger da zu sein. Dass diese gelungene Veranstaltung bei allen Beteiligten unvergessen bleibt, haben wir Frau Anett Müller zu verdanken, die sehr liebevoll die gesamte Koordination der Unterkunft, Verpflegung und Technik veranlasste."

# "Die Alten sind gewillt und fähig"

Sylvia Bretschneider war Gastgeberin der Altenparlamente

Am 28. April starb nach langer, schwerer Krankheit die mit mehr als 16 Jahren am längsten amtiert habende Präsidentin eines deutschen Parlaments -Sylvia Bretschneider. Sie gehörte dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit dem 15. November 1994 an. Insgesamt viermal wurde sie auf Vorschlag der SPD-Fraktion zur Präsidentin gewählt. Das Amt übte die Sozialdemokratin seit dem 22. Oktober 2002 aus. Im Herbst 2017 begann ihre Krebserkrankung. Sie hinterlässt ihren Mann, drei Töchter und drei Enkelkinder. Die beiden Vize-Landtagspräsidentinnen Beate Schlupp und Dr. Mignon Schwenke erklärten: "Mecklenburg-Vorpommern hat eine starke Frau und hervorragende Repräsentantin unseres Landes verloren, der unser demokratisches Gemeinwesen eine Herzensangelegenheit war." Mit aller Kraft habe sie sich für die Verteidigung und Stärkung der mit der politischen Wende 1989 errungenen Werte und Freiheiten eingesetzt. "Extremistischen Gegnern der parlamentarischen Demokratie bot sie entschieden die Stirn. Die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum, ihr Wirken für den Tourismusverband, das persönliche Engagement für die Welterbe-Bewerbung des Schweriner Resi-



Sylvia Bretschneider

Foto: SPD-Fraktion

denzensembles wie auch ihr Einsatz für den Bau des neuen Plenarsaals unseres Landesparlaments werden unvergessen bleiben."

Auch den Seniorinnen und Senioren bleibt sie in ehrenvoller Erinnerung. Ab dem dritten Altenparlament 2003 war sie die Gastgeberin der folgenden Altenparlamente. Sie sagte damals in ihrem Grußwort, dass "die Alten in unserer Gesellschaft gewillt und fähig" seien, "im Verbund und selbstverantwortlich ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wohl zu leisten". Es sei

wichtig, dass die Erfahrungen der älteren Generation auch bei der Lösung aktueller Fragen herangezogen würden und es des Dialogs zwischen allen Generationen bedürfe.

Das 9. Altenparlament 2016 war das letzte, auf dem die Landtagspräsidentin ein Grußwort hielt. Diese Worte blieben besonders im Gedächtnis: "Während wir uns 1999 noch am Altenparlament in Schleswig-Holstein orientiert haben, können wir heute mit Stolz feststellen, dass sich nunmehr die Anderen an unserem Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern orientieren. Wir können daher zu Recht sagen, dass das Altenparlament über unsere Landesgrenzen hinaus viel Beachtung und Anerkennung erfährt."

Am 13. Mai fand ein Trauerstaatsakt in der Konzertkirche Neubrandenburg statt. Die Vizepräsidentin des Landtages Beate Schlupp und die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig erinnerten unter anderem besonders an das Demokratie-Bündnis "WIR. Erfolg braucht Vielfalt", das Sylvia Bretschneider initiiert hatte. Es gelang ihr, die unterschiedlichsten Vereine, Verbände, Gruppen und Einzelpersonen dafür zu gewinnen – sie war eine Brückenbauerin.

ric

## Kann "Emma" wirklich alles?

"Emma" sieht aus wie eine 1,20 Meter große Playmobil-Figur und besucht einmal in der Woche eine Diakonie-Station, um dort mit großen Augen und kindlichem Kichern demente Seniorinnen zu einer Partie Memory oder zu einem Walzer aufzufordern. An der Kieler Fachhochschule trainieren und programmieren derzeit Ingenieure den humanoiden Roboter dafür, die Betreuung Pflegebedürftiger selbsttätig mitzugestalten. "Emma" könnte demnächst auch die Medikamenteneinnahme kontrollieren und irgendwann vielleicht sogar an Diag-

nosen mitwirken. Allerdings müsste sie dazu erst einmal Bedenken überwinden, die Angehörige und Beschäftigte, aber auch die Öffentlichkeit hegen, wenn Pflege schrittweise automatisiert werden sollte.

Über diesen vielschichtigen Komplex ging es unlängst im Deutschlandfunk innerhalb der Reihe "Forschung aktuell – Wissenschaft im Brennpunkt". Am Ende stand die Frage: Werden Roboter Fachkräfte ersetzen, um die Qualität zu steigern oder um Kosten zu sparen? Die Antwort blieb offen.

# Nächstes Altenparlament im April 2020

Organisationskomitee konstituierte sich / Leiterin: Brigitte Seifert

Im Beisein von Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp konstituierte sich am 14. März im Schweriner Schloss das Organisationskomitee für das 11. Altenparlament MV. Es soll am 23. April 2020 am Sitz des Landtags stattfinden. Den Vorsitz des Org.-Komitees hat Brigitte Seifert, stellvertretende Vorsitzende des Landesseniorenbeirats, übernommen. Ihre Stellvertreter sind LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich und Annelie Katt von Bündnis 90 / Die Grünen MV. Drei Leitanträge sollen entworfen werden: 1. Altersarmut: 2. Wohnen im Alter alter. Zu den Leitern wur-

den bestimmt: Prof. Ulf Groth, Sprecher der Landesarmutskonferenz, und Bernd Rosenheinrich (Arbeitsgruppe 1), Friedrich Wilhelm Bluschke von der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in MV und Henry



im ländlichen Raum; 3. Alt *Das Organisationskomitee für das 11. Altenparlament; Mitte* sellschaft für alle Lebensalwerden im digitalen Zeit- *vorn: Vizepräsidentin Beate Schlupp* ter solle umfassend genutzt

Spradau vom Sozialverband Deutschland SoVD (Arbeitsgruppe 2), Michael Schmidt von der AG SPD 60 plus und Martin Birkholz von den Liberalen Senioren in MV (Arbeitsgruppe 3).

1999 trat das Altenparlament erst-

mals im Landtag zusammen, zuletzt war dies am 6. Juni 2018. In der Konzeption heißt es: "Das Altenparlament ist eine Einrichtung politisch interessierter älterer Bürger, die bereit sind, ihren Beitrag zur Entwicklung einer solidarischen Bürgergesellschaft zu leisten und das Recht einfordern, in Belangen, die seniorenrelevante Themen und Probleme betreffen, sich einbringen zu können und in die entsprechenden Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden." Der Erfahrungsschatz der älteren Generation zur Gestaltung einer Geter solle umfassend genutzt werden. Durch Forderungen

in diesem Gremium werden die politischen Entscheidungsträger auf aktuelle seniorenrelevante Themen aufmerksam gemacht, und die Teilnehmer bieten ihre Mitwirkung bei der Umsetzung der Beschlüsse an.

# 5. Landesseniorentage im Blick

Gedankenaustausch zu seniorenpolitischen Themen bei Ministerin Drese

Im März besuchten Vertreter des Vorstands des Landesseniorenbeirats die Sozialministerin Stefanie Drese. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Vorbereitung der 5. Landesseniorentage 2019, die Festveranstaltung 25 Jahre Landesseniorenbeirat und Fragen und Standpunkte zu seniorenpolitischen Gesamtkonzepten sowie die Information zum Termin des 11. Altenparlaments und die Berufung des Organisationskomitees.

Die 5. Landesseniorentage werden vom 30. September bis 9. Oktober stattfin-

den. Für die Eröffnungsveranstaltung der Landesseniorentage konnte Ministerin Drese gewonnen werden. Wir sind bestrebt, in allen Landkreisen Veranstaltungen durchzuführen.

Am 4. November findet aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Landesseniorenbeirats eine Festveranstaltung statt. Ministerin Drese wurde als Festrednerin gewonnen.

Zum Thema seniorenpolitische Gesamtkonzepte in den Kommunen und zu einem erarbeiteten Leitfaden wurden die Standpunkte ausgetauscht.

Das 11. Altenparlament wird am 23. April 2020 stattfinden. Informiert wurde über den Termin der Berufung des Organisationskomitees durch die Vizepräsidentin des Landtages Beate Schlupp. Im zweiten Halbjahr wird dieses Komitee sich an die Landesregierung und die Landtagsfraktionen wenden, um den Stand der Erfüllung der Beschlüsse des 10. Altenparlaments abzufragen. Besonders hingewiesen wurde auf die Resolution des Altenparlaments "Für ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept MV".

# Wie oft, wie weit, wie schnell?

#### Mobilität im ländlichen Raum – Anhörung im Sozialausschuss

Im Rahmen der Reihe "Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern" wurde der Landesseniorenbeirat zum Thema "Mobilität im ländlichen Raum" in einer öffentlichen Anhörung im Sozialausschuss angehört. "Mobilität" in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen und flexible Erreichbarkeit sind wesentliche Voraussetzungen für die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit einer Region als Wohn- und Wirtschaftsstandort.

Wie oft, wie weit, wie schnell? Das sind die Kernfragen zur Mobilität aus Sicht des sich Bewegenden. Die Gewährleistung von Mobilität ist mit anderen Aspekten der Daseinsvorsorge eng verwoben. Mobil zu sein ist jedoch nicht immer nur Bedürfnis. Der Wegfall von Einrichtungen der Grundversorgung lässt den Menschen im ländlichen Raum oft keine Wahl.

Zu neun Schwerpunkten eines Fra-

genkatalogs galt es, entsprechende Antworten zuzuarbeiten. Dabei stellte sich heraus, dass die Bedürfnisse der Jugendlichen fast identisch mit denen der älteren Generation sind.

Mobilitätsplanung muss mit der Infrastrukturplanung Sektor übergreifend Hand in Hand gehen und in einem iterativen Prozess nach den besten Lösungen suchen. Versorgungszentren und Kooperationsräume bieten in diesem Prozess wichtige Bezugspunkte. Mehr als bisher und in besonderer Weise muss in Zukunft das Augenmerk auf die sogenannte "Flächenerschließung", auf die Ferienzeiten, auf die Abendstunden und auf die Wochenenden gelegt werden

Erst ein Mobilitätsangebot, das auf diese Anforderungen Antworten gibt, kann die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen auf dem "flachen Land" ausreichend erfüllen. Ob Linienverkehr,

Rufbusse, Bürgerbusse, private Mitfahrangebote oder Carsharing, in klassischer Weise oder App-/IT-unterstützt, an erfolgreich erprobten und eingeführten Angebotsformen besteht kein Mangel. Deren Ergebnisse und die gewonnenen Erfahrungen müssen nun aber auch verallgemeinert und landesweit umgesetzt werden.

Der Schülerverkehr macht im ländlichen Raum einen Großteil des Nahverkehrs aus. Sinkende Schülerinnenund Schülerzahlen werden die ÖP-NV-Nachfrage deutlich senken. Andererseits sind durch Schließung und Konzentration von Schulen längere Entfernungen zu überwinden, was die Fahrkosten erhöht. Daher sollten Konzepte zur Weiterentwicklung von Schulen und Schülerverkehr eng aufeinander abgestimmt werden. Der Schülerverkehr sollte kostenlos sein und die Kosten dafür das Land tragen.

# Miteinander vor Ort muss gestärkt werden

#### LSB-Stellungnahme zu Finanzierung und Transparenz eines Gesetzentwurfs

Im April war der Landesseniorenbeirat aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben zum: "Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung und Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze".

Ohne unsere Wohlfahrtsverbände und ohne das Engagement der Haupt- und Ehrenamtlichen würden große Teile der Daseinsvorsorge nicht mehr geleistet.

Eine Trägervielfalt und die Organisation von zivilgesellschaftlichem Engagement u.a. in Form von Wohlfahrtsverbänden tragen dazu bei, das Miteinander vor Ort zu stärken und anzustreben, annähernd gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen und städtischen Raum zu schaffen.

Dazu brauchen die Wohlfahrtsverbände und ihre ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlässliche Rahmenbedingungen und eine stabile Finanzierung. Deshalb begrüßen wir die Überführung der gegenwärtigen Förderrichtlinie in eine gesetzliche Regelung. Eine Dynamisierung der Landesmittel auf dem gegenwärtigen Finanzierungsniveau um jährlich 2,3 Prozent halten wir für nicht ausreichend. Damit können keine Tariflöhne bei Beibehaltung gegenwärtiger Steigerungsraten an hauptamtliche Kräfte garantiert und auch reale Kostensteigerungen abgedeckt werden. Hier muss die reale Kostenentwicklung berücksichtigt werden. Mit einer immer älter werdenden Bevölkerung steigt auch der Beratungsbedarf quantitativ weiter an.

"Mit dem Titel "Türen öffnen lohnt sich" fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) einen Ausbau aufsuchender Unterstützungsangebote.

Zum Tag der älteren Generation dringt die BAGSO auf eine Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Seniorinnen und Senioren in den eigenen vier Wänden. "Denn Hilfe zu Hause ist wirkungsvoller, das zeigen Erfahrungen mit präventiven Hausbesuchen bei älteren Menschen in Deutschland und in anderen Ländern. Beratung und Unterstützung im privaten Umfeld können so viel individueller erfolgen. Schwierigkeiten in der Bewältigung des Alltags werden früher erkannt und behoben, ebenso wie Stolperfallen in der Wohnung.

Türen öffnen lohnt sich. Ähnlich wie bei Hebammen, die junge Familien zu Hause begleiten, entsteht bei Gesprächen mit Älteren, am Küchentisch' schnell ein Vertrauensverhältnis.", sagt der BAGSO-Vorsitzende Franz Müntefering. "Wenn der Hilfebedarf größer wird, ist der Kontakt bereits geknüpft." "Aufsuchende Angebote bieten die Chance, Menschen zu erreichen, die

sich aufgrund eingeschränkter Mobilität oder aus anderen Gründen, nicht aktiv um Hilfe bemühen."

Dem müssen wir gerade im ländlichen Raum eine stärkere Bedeutung beimessen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind, gerade auch in den ländlichen Regionen, ein Motor für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement. Sie sind darüber

hinaus ein Sprachrohr für Menschen, denen es schwerfällt, in unserer Gesellschaft Gehör für ihre Nöte zu finden. Deshalb müssen ganz ohne Frage diese Verbände der Freien Wohlfahrtspflege dauerhaft leistungsfähig bleiben. Wir halten eine detaillierte Aufgabenbeschreibung und eine transparente und gebündelte Förderung für absolut sinnvoll.

#### Gedanken zu einem sensiblen Thema:

### Wie alte Menschen übertherapiert werden

Die Lebenserwartung steigt, und im Alter nehmen Krankheiten zu. Medikamente werden vor ihrer Zulassung jedoch hauptsächlich an jüngeren, oft männlichen und vor allem gesunden Personen getestet. Alte findet man in diesen Studien kaum. Dabei verändern sich Körper und Stoffwechsel im Alter erheblich, der Organismus reagiert empfindlicher als in jungen Jahren, auch gegenüber Medikamenten.

Fatal: Weil mit dem Altwerden auch die Zahl der Mehrfach-Erkrankungen zunimmt, die jeweils mit verschiedenen Medikamenten behandelt werden, sind alte Menschen Wechselwirkungen ausgesetzt, über die bislang viel zu wenig bekannt ist. Im schlechtesten Fall bündeln sich solche Nebenwirkungen und beeinträchtigen die Lebensqualität betagter Patientinnen und Patienten stark. So mancher Sturz würde ohne Medikamenten-Nebenwirkungen nicht passieren, und nicht jeder verwirrte ältere Mensch ist dement.

Mit Negativlisten versucht die Medizin, die für alte Menschen schädlichsten Substanzen auszuschließen, doch reicht das aus? Was müsste an Forschung geleistet werden, welche Maßnahmen ergreifen einzelne Ärztinnen und Ärzte?

Susanne Billig / Petra Geist (dlf)

#### Wann und so oft man will

Für Reisende ab 65 Jahren gibt es jetzt ein besonderes Angebot: Bis einschließlich 8. Juni können sie die Bahncard günstiger erwerben. In der 2. Klasse kostet die "Probe BahnCard 100 65+" nur 999 statt 1312 Euro, in der 1. Klas-

se 1999 statt 2362 Euro. Damit reist man deutschlandweit drei Monate lang wann und so oft man will im Nah- und Fernverkehr der Deutschen Bahn (DB) sowie in vielen Privatbahnen und mit diversen Busgesellschaften.

### Die Angst vor dem Vergessen

Es scheint so ziemlich das Schlimmste zu sein, das einem alt werdenden Menschen passieren kann: Demenz. Die Angst vor dem Vergessen greift um sich. Wer es bemerkt, zieht sich zurück, aus Scham und voller Angst, aus der Rolle zu fallen. Angehörige trifft es genauso wie den, der sich nicht mehr erinnert. Aktuell sind 1,6 Millionen in Deutschland betroffen, bis 2050 bis zu drei Millionen. Burkhard Plemper hat Menschen mit Demenz getroffen und mit ihnen – Angehörige, Pflegekräfte, Ärzte, Wissenschaftler und Polizisten – gesprochen. Er war im Heim

und im berühmten Demenzdorf De Hogeweyk in Holland. Er hat auf einem Kongress Menschen mit Demenz zugehört, die sich selbstbewusst zu Wort meldeten. Darüber berichtete er unlängst im *Deutschlandfunk*.

Ein gutes Leben mit Demenz ist möglich – das sagen Fachleute, die nicht länger darum streiten wollen, ob dieses Phänomen des Alterns eine Krankheit ist, sondern sich Gedanken machen, wie man damit lebt, auch wenn es nicht mehr in der eigenen Wohnung geht und nicht mehr bei den Kindern.

# Keine negativen Etiketten

Wieder Altenpflegepreis / Bewerbungen bis zum 30. Juni

Auch in diesem Jahr verleiht das Sozialministerium in Zusammenarbeit mit dem Landespflegeausschuss einen Altenpflegepreis. "Bei allen Herausforderungen sollte das Thema Pflege nicht immer nur mit negativen Etiketten behaftet werden", sagte Ministerin Stefanie Drese. Das werde in keiner Weise den dort arbeitenden Menschen, den pflegenden Angehörigen und ehrenamtlich Engagierten, sowie der Entwicklung im Pflegebereich gerecht.

Projekte und Angebote sollten sich den Themenfeldern Neue Versorgungsoder Organisationsstrukturen, Förderung der Zufriedenheit der Bewohner/innen, Beratung und Schulung der Angehörigen, Gewinnung neuer Mitarbeiter/innen, Einbeziehung ehrenamtlicher Kräfte, betriebliche Gesundheitsförderung, Verzahnung von Ausbildung und Praxis sowie innovativen Unterrichtsprojekten zuordnen lassen. Vorschläge oder Bewerbungen kön-

nen bis zum 30. Juni bei der Geschäftsstelle des Landespflegeausschusses im Sozialministerium eingereicht werden. Jeder Vorschlag wird durch eine Jury bewertet. Die Verleihung erfolgt am 5. November. Das Preisgeld beträgt 3000, 1500 und 500 Euro. Die Preisträger 2018 waren: Tagespflege und Pflegedienst Prettin, Stralsund (1), Städtisches Pflegeheim Neubrandenburg (2) und Grabower Pflegedienst und Tagespflege Henning.

# Finanzierung und Bezahlbarkeit

Sozialministerin Drese: Pflegevollversicherung ist vonnöten

Sozialministerin Stefanie Drese, die in diesem Jahr auch Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder ist, hat sich für eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung und für zusätzliche Mittel zur besseren Bezahlung der Pflegekräfte und zur Erhöhung der Attraktivität des Pflegeberufes ausgesprochen. Zum "Tag der Pflege" am 12. Mai betonte sie: "Die Herausforderungen im Pflegebereich sind in unse-

rer immer älter werdenden Gesellschaft enorm. Deshalb brauchen wir eine breite politische Debatte über ihre Finanzierung und Bezahlbarkeit. Ich will sie befördern und Konzepte entwickeln."

Die Kosten hierfür müssten gesellschaftlich breiter aufgeteilt werden. Das könne durch die Einführung einer sogenannten Pflegevollversicherung oder durch höhere Zuschüsse aus Bundessteuermitteln erfolgen. "Ich bin überzeugt, dass

viele Menschen bereit sind, mehr Geld für die Pflege auszugeben, wenn es gerecht dabei zugeht. Die zusätzlichen Einnahmen müssen zu einer Kostenbegrenzung des Eigenanteils führen und tatsächlich den Pflegebeschäftigten und der Infrastruktur zu Gute kommen." Anlässlich des Tages der Pflege bedankte sich die Ministerin bei allen pflegenden Menschen in Krankenhäusern, Einrichtungen, Diensten und zu Hause.

# Blick auf das gesamte Lebensumfeld

Neues Konzept für ein seniorenfreundliches Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist ländlich geprägt und hat bundesweit eine der höchsten Altersstrukturen. Jede vierte Einwohnerin bzw. jeder vierte Einwohner ist heute bereits älter als 65 Jahre. Dieser Anteil wird sich bis 2030 auf etwa 35 Prozent erhöhen. "Die künftige Bevölkerungsentwicklung sowie die damit verbundene Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung stellen unser Land vor große Herausforderungen", betonte dazu Sozialministerin Stefanie Drese kürzlich auf einer Kabinettsklausur. "Die Landkreise und besonders die kreisangehörigen Ämter, Städte und Gemeinden sind in beson-

derer Weise betroffen."

Um diese bei der Entwicklung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten zu helfen, hat das Ministerium gemeinsam mit dem Landkreistag sowie dem Städte- und Gemeindetag einen Leitfaden erarbeitet. Er enthält Empfehlungen zu elf Handlungsfeldern. Grundlage müsse die Vielfalt der individuellen Lebensentwürfe von Seniorinnen und Senioren sein. Viele ältere Menschen seien optimistisch, aktiv und motiviert, gleichzeitig sei aber ein immer größerer Teil auf Hilfe und Pflege durch Andere angewiesen. "Für beide Gruppen müssen wir Angebote schaffen und Lösungen anbieten, um ihnen ein individuelles, selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in ihrem sozialen Umfeld zu ermöglichen. Dabei gilt es, das gesamte Lebensumfeld zu betrachten."

Eine Broschüre wird in Kürze fertiggestellt und steht dann zum Download oder zur Bestellung online unter www. sozial-mv.de zur Verfügung. Erinnert sei auch in diesem Zusammenhang an die vom 10. Altenparlament beschlossene Resolution. Sie fordert die Landesregierung auf, bis Ende 2019 ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept für das Land zu erarbeiten.

# Starke Muskeln bringen Lebensqualität

Landeskonferenz Sport und Gesundheit "Gesund älter werden" in Schwerin

Unter dem Motto "Gesund älter werden mit Bewegung" stellten auf der 4. Konferenz Sport und Gesundheit des Landessportbunds in Schwerin führende Wissenschaftler und Experten neue Erkenntnisse aus der Altersforschung vor und diskutierten verschiedene Ansätze, wie negative Altersfolgen durch regelmäßige körperliche Aktivität gemindert oder gar vermieden werden können. Mit vorbereitet hatte die wichtige Veranstaltung auch der Landesseniorenbeirat, vertreten durch Dr. Georg Weckbach, den Vorsitzenden des Seniorenbeirats der Hansestadt Stralsund.

Prof. Heinz Mechling vom Deutschen Institut für angewandte Sportgerontologie wies in seinem Impulsreferat darauf hin, dass sich mit dem Anstieg der allgemeinen Lebenserwartung heute immer größere Herausforderungen für den Erhalt von Gesundheit und Lebensqualität im Alter stellen. Anhand aktueller wissenschaftlicher Untersuchungen zeigte er, dass körperliches Training den natürlichen Alterungsprozess auf vielfältige Weise positiv beeinflussen kann. Dabei gehe es nicht um das von der Wellness-Industrie propagierte Anti-Aging, also das vermeintliche Aufhalten des Alterungsprozesses, sondern darum, mehr gesunde Jahre im Alter zu haben, länger körperlich mobil und damit selbstbestimmt und unabhängig zu bleiben. Es komme vor allem auf das Training der Kraftfähigkeit und der Beweglichkeit an. Diese Erkenntnis setze sich erst allmählich durch. Bislang wurde zur Gesunderhaltung moderates Ausdauertraining empfohlen, da der Fokus auf der Vorbeugung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen lag. Bei Bewältigung des Lebensalltags spielen jedoch Kraft und Beweglichkeit eine größere Rolle, etwa beim Treppensteigen oder beim Heben schwererer Lasten, wie einer Getränkekiste.



Podiumsdiskussion mit Dörthe Graner, Andreas Bluhm, Harry Glawe und Dr. Georg Weckbach (v.r.n.l.)

Foto: Landessportbund

Von zum Teil erstaunlichen Erfolgen berichtete Prof. Mechling aus dem Kölner Verein "Fit für 100". Es könne nach einiger Zeit des Übens und Trainierens beispielsweise wieder gelingen, die Treppe bis ins zweite Stockwerk zu gehen, das Enkelkind hochzuheben oder sich die Schuhe ohne Hilfe anzuziehen. Dies stärke das Selbstvertrauen und die Lebensfreunde der Menschen enorm. Der Präventionssport sollte künftig größeres Augenmerk auf die Kräftigung der Muskulatur und die Förderung der Beweglichkeit legen.

In vier Foren stellten Experten neue Erkenntnisse und praktische Konzepte zur Gesundheitsprävention mit Bewegung vor. Rege war die anschließende Diskussion. Beim Vortrag von Prof. Reinhard Fuchs von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ging es darum, wie Teilnehmer von Gesundheitskursen beim Aufbau und bei der Aufrechterhaltung eines körperlich-aktiven Lebensstils unterstützt werden könnten. Dabei sei es wichtig, sich mit dem "Inneren Schweinehund" auseinanderzusetzen.

Im Forum "Bewegungsräume im Freien" erläuterte Dr. Peter Kupatz vom Sportärztebund MV die gesundheitsfördernden Wirkungen des Sporttreibens im Freien. Neben dem Gefühl der Naturverbundenheit wirkten hier viele Einflussfaktoren positiv. Im Freiraum werden natürliche Gegebenheiten auch für spezifische Trainingsreize genutzt, etwa bei der Sturzprävention. Nach einem kleinen Ortswechsel konnten die Teilnehmer verschiedene Bewegungskonzepte für Senioren im Freien selbst erproben, präsentiert vom Wandersportbund MV, von den Vereinen Straßensport Rostock und TSV Blau-Weiß Grevesmühlen sowie von der outness GbR Neubrandenburg.

Mit der Digitalisierung in der Gesundheitsförderung, einem noch sehr neuen Thema, beschäftigte sich das Forum von Frauke Wichmann und Saskia Müllmann vom Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie Bremen. Sie stellten die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung zur Akzeptanz und zum Nutzungsverhalten von digitalen Medien und Geräten im Bereich der Gesundheitsförderung vor. Mit den Teilnehmern diskutierten sie, wie diese im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern genutzt werden könnten.

Fortsetzung auf Seite 10

#### Fortsetzung von Seite 9

Corinna Sievers vom Verein "Fit für 100" gab eine praktische Einführung in das gleichnamige Trainingsprogramm. Ältere und hochaltrige Menschen in Bewegung zu bringen, fordere Fachkräfte heraus, mit oft sehr heterogenen Gruppen zu arbeiten.

Am Nachmittag hoben Gesundheitsminister Harry Glawe und der Präsident des Landessportbundes, Andreas Bluhm, in ihren Grußworten das große Potenzial des Vereinssports für eine bessere Gesundheitsförderung und-prävention hervor. Der Bedarf an entsprechenden Bewegungsangeboten sei bereits jetzt schon sehr hoch und werde durch die demografische Entwicklung weiter zunehmen, sagte Harry Glawe. Er rief alle Akteure auf, besser

miteinander zu kommunizieren. Der Landessportbund sei für ihn ein wichtiger Partner. Andreas Bluhm hob hervor, dass der organisierte Sport seit einigen Jahren einen deutlichen Mitgliederzuwachs im Altersbereich 60 plus verzeichne. Der Anteil von Frauen und Männern sei nahezu gleich groß – ein Zeichen sowohl für ein gestiegenes Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung als auch des Vertrauens, im Sportverein gut betreut zu sein.

Die lebhaft geführte Podiumsdiskussion zum Abschluss der Konferenz brachte noch einmal die wesentlichen Aussagen auf den Punkt:

Altern vollzieht sich auf sehr unterschiedliche individuelle Weise. Körperliche Fitness ist in jedem Lebensalter trainierbar. Eine starke Muskulatur trage entscheidend zu einer hohen Lebensqualität bei. Der Aufbau eines körperlich aktiven Lebensstils sei die beste Gesundheitsprävention. Langfristige Verhaltensänderungen bedürfen immer wieder einer positiven Verstärkung. Gesundheitsfördernde Angebote müssen sehr individuell zugeschnitten sein. Der Schlüssel für eine bessere Gesundheit der Bevölkerung liege in den Kommunen. Hier müssten alle Akteure enger zusammenarbeiten. Der organisierte Sport sei dabei ein wichtiger Partner. Der Vereinssport ist bereit, sich weiter verstärkt im Bereich Gesundheitsförderung und -prävention zu engagieren. Für den Ausbau seiner Angebotsstruktur brauche er vor allem Unterstützung bei der Bereitstellung und Nutzung von Sportstätten.

> Ulrich Pudschun Dr. Georg Weckbach

# Drei Preisträger nominiert

Zum 14. Mal wird der Johannes-Stelling-Preis verliehen

Die Jury für den Johannes-Stelling-Preis der SPD-Landtagsfraktion, der auch der Landesseniorenbeirat angehört, hat für dieses Jahr drei Bürger\*innen und Institutionen nominiert. Dazu gehört die Freie Schule Güstrow, die seit Jahren den Titel "Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage" trägt. Hier gibt es eine sehr aktive Schüler\*innengruppe, bestehend aus Geflüchteten und Einheimischen, die sich konsequent und kontinuierlich gegen rechtsextremistische, fremdenfeindliche, antisemitische, rassistische oder in anderer Weise diskriminierende Tendenzen einsetzt. Wegen ihrer Aktivitäten in diesem Bereich ist die Schule immer wieder öffentlicher Hetze und Bedrohungen ausgesetzt.

1985 kam Dr. Maher Fakhouri aus Sy-

rien nach Rostock. Nach der "Wende" war er maßgeblich am Aufbau der Islamischen Gemeinde Rostock und an der Gründung des Islamischen Bundes Rostock beteiligt. Seit 1990 arbeitet er im interreligiösen Arbeitskreis Rostock mit. In seinen Statements und Andachten verteidigt er stets die freiheitlich-demokratische Grundordnung und tritt für einen dialogfähigen Islam ein. Einem populistischen und rechtsextremen Islamhass tritt er vehement entgegen.

Angelika Reichelt, Polizeibeamtin im Ruhestand, engagiert sich seit Jahren ehrenamtlich im Bereich Demokratieförderung. Gemeinsam mit dem Kommunalen Präventionsrat der Hansestadt Rostock und der Abteilung für Prävention des Polizeipräsidiums Rostock hat sie verschiedene Bildungsformate für Jugendliche, junge Erwachsene und Senioren entwickelt. Aktuell wirkt sie in der Seniorenarbeit, um die Generation 60+ über die Herausforderungen durch politische Phänomene aufzuklären und auch ältere Menschen zu ermutigen, sich für die Demokratie einzusetzen.

Der Sieger des mit 2000 Euro dotierten Preises – er wird zum 14. Mal verliehen – wird am 18. Juni im Schlosscafé in Schwerin ausgezeichnet. Festredner ist diesmal der Sänger und Musiker Sebastian Krumbiegel, der sich seit Jahren gegen Gewalt und Rassismus einsetzt. Die Laudatio hält Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Mit dem Johannes-Stelling-Preis wird an das Wirken des von Nazis ermordeten SPD-Politikers Johannes Stelling erinnert.

Pessimisten sind Leute, die mit der Sonnenbrille in die Zukunft schauen.

# Verstärkung dringend gesucht

Ausbildungsreihe für SilverSurfer wird auch in diesem Jahr fortgesetzt



Seit 2013 sind die ehrenamtlichen Senioren-Technik-Botschafter des Projekts SilverSurfer im Einsatz, um der Generation 50 plus in MV die Nutzung des Internets und mobiler Geräte, wie Tablets oder Smartphones, näher zu bringen. Dabei werden sie mit vielen Fragen des alltäglichen Umgangs und mit kleinen oder größeren Problemen der Mitbürgerinnen und Mitbürger konfrontiert. Das Projekt habe sich in den vergangenen Jahren durch den Einsatz der "von uns ausgebildeten Senioren-Technik-Botschafter so positiv entwickelt, dass mittlerweile die Nachfrage die Möglichkeiten unserer ehrenamtlichen Helfer oft übersteigt", teilt uns Sabrina Wolff, die Projektkoordinatorin, mit. "Deshalb benötigen wir dringend Verstärkung!" Gesucht werden

Gesucht werden interessierte Se-

nior\*innen, die sich als SilverSurfer engagieren möchten. Deshalb wird die Ausbildungsreihe von 2018 fortgeführt. Für Rostock und Umgegend konnten bereits elf SilverSurfer gewonnen werden. Weitere Standorte werden Ludwigslust (Juni und Juli), Güstrow (August), Ribnitz-Damgarten (September und Oktober) und Neustrelitz (Oktober und November) sein. Die genauen Schulungstermine sowie weitere Informationen sind abrufbar unter https://www.eiz-rostock.de/projekte/silver-surfer-in-mecklenburg-vorpommern/



# Schneller zu den Angeboten

Demenzkompass der Alzheimer Gesellschaft MV als Onlineplattform

Ab sofort steht ein neues Online-Angebot für Demenzerkrankte und pflegende Angehörige zur Verfügung: Über den "Demenzkompass" der Deutschen Alzheimer Gesellschaft des Landesverbandes MV erhalten Betroffene direkt Auskunft über Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort. Das Online-Verzeichnis zeigt landesweite Angebote von der Therapie bis zur gesellschaftlichen Teilhabe auf.

"Paul und ich sind seit 42 Jahren verheiratet. Er war immer ein wacher Geist, aber irgendwann begann er, ganz alltägliche Dinge zu vergessen. Wir gingen zum Arzt. Seitdem begleite ich Paul bei seiner Krankheit: Alzhei-



## Deutsche Alzheimer Gesellschaft Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Selbsthilfe Demenz

mer." Dies ist ein Beispiel aus der Praxis. Nun verspricht die Suche nach einem Ansprechpartner online schnellen Erfolg.

Mit der Darstellung der Hilfeleistungen aus ganz MV schließe sich eine Informationslücke, betont Kathrin Ruhkieck, erste Vorsitzende des Vorstands der Alzheimer Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Ermöglicht wurde die kostenlose Onlineplattform durch

die Förderung des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung sowie durch die Kranken- und Pflegekassen. https://alzheimer- mv.de/demenzkompass

Das neue Angebot ist ein Teil des im März 2017 gestarteten "Kompetenzzentrums Demenz Mecklenburg-Vorpommern" mit einer Laufzeit von drei Jahren. https: //alzheimer-mv.de/demenzkompass

# Eine Genugtuung für die Betroffenen

Rehabilitation und Entschädigung / Resümee des Seniorenbeirats Rostock

Im Seniorenkurier 3/2018 hatten wir über die Wanderausstellung "Lesbisch, schwul und trans" mit Beispielen aus unserem Bundesland berichtet, die bis Ende 2019 in verschiedenen Städten gezeigt wird. Im November 2018 schaffte der Bundestag auf Empfehlung des Haushaltsausschusses die finanziellen Voraussetzungen für eine Entschädigung auch derjenigen Personen, die zwar wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verfolgt, letztlich aber nicht verurteilt wurden: Nun gibt es Entschädigungsmöglichkeiten, die die Beeinträchtigungen berücksichtigen, denen die Betroffenen in der Vergangenheit ausgesetzt waren. Dazu zählen die Einschränkung der Lebensführung sowie die Belastungen bei Biografie, Benachteiligung und Ausgrenzung.

Erfasst werden alle Fälle ab Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und insbesondere die Fälle der Untersuchungshaft. Darüber hinaus kann eine Entschädigung auch wegen außergewöhnlich negativer Beeinträchtigungen erfolgen, die außerhalb einer Strafverfolgung, aber vor dem Hintergrund der Existenz der Strafvorschriften entstanden sind. Weitere Infos: Bundesamt für Justiz, Referat III 6, Adenauerallee 99-103, 53113 Bonn; Postanschrift: 53094 Bonn, Tel.: (0228 99) 410-40, Fax: 0228 99 410-5050;



Mail: rehabilitierung@bfj.bund.de, www. bundesjustizamt.de/rehabilitierung Mit dieser Problematik hatte sich der Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt Rostock schon im März 2018 intensiv beschäftigt. Seit dem 22. Juni 2017 sind alle Personen, die nach den Paragrafen 175, 175A StGB und 151 StGB-DDR verurteilt wurden, automatisch rehabilitiert. Dazu zählen auch Entscheidungen ehemaliger gesellschaftlicher Gerichte in der DDR, wie etwa der Konfliktkommissionen. Bei Verurteilung steht Betroffenen eine Entschädigung zu.

Aufgrund des jetzt schon hohen Lebensalters betroffener Personen wird die zeitliche Begrenzung für die Geltendmachung der Entschädigung nur bis zum 22. Juni 2022 möglich sein.

**Resümee:** Entsprechend der Sachverhalte und der gesellschaftlichen Bedingungen für ältere homosexuelle Personen wurde es höchste Zeit, dass der Bundestag sich dieser Problematik angenom-

men und dementsprechend gehandelt hat. Abgesehen von den möglichen finanziellen Entschädigungen ist es für viele Betroffene eine Genugtuung, nunmehr nicht mehr als vorbestraft zu gelten. Die automatische Aufhebung ihrer Urteile erfordert aber trotzdem die Beantragung der Entschädigung, wozu keine anwaltliche Hilfe erforderlich ist. Die Entschädigung ist ein Rechtsanspruch und kein Almosen und sollte von allen Betroffenen geltend gemacht werden.

Die Geldleistungen sind nicht als Schadensersatz zu verstehen. Es geht vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Solidarität um eine symbolische Anerkennung erlittener Beeinträchtigungen. Das Bundesministerium als Urheber der Richtlinie legt Wert auf eine schnelle und unkomplizierte Entschädigung für den hochbetagten Personenkreis durch das Bundesjustizamt. Deshalb genügt es, wenn die Voraussetzungen mit hoher Wahrscheinlichkeit vorliegen und seitens der Antragstellerinnen und Antragsteller plausibel vorgetragen werden. Für die detaillierte und sachkundige Hilfestellung verweisen wir auf die Hotline 0800-175 2017.

Hans-Jürgen Treuherz, gaymeinsam e.V. MV Reinhard Oertel, rat+tat e.V. Rostock Sachkundige Bürger im Seniorenbeirat

#### **Blick zum Nachbarn:**

# **Gemeinsam im Netzwerk des Landes**

Diesmal einen Blick zu einem weiter entfernten Nachbarn: in das Bundesland Rheinland-Pfalz. Dort gab es Anfang April in Bingen am Rhein den Auftakt zu einer Aktion des Landesnetzwerks "Anlaufstellen für ältere Menschen" – einem Unternehmen mit mehreren Großveranstaltungen und Workshops, das auch unserem Bundesland zahlreiche Ideen und praktische Umsetzungen vermittel-

te. In MV besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Seit September 2017 wirkten in Rheinland-Pfalz etwa 100 Haupt- und Ehrenamtliche am Aufbau eines landesweiten Netzwerks zur Stärkung des selbstbestimmten und aktiven Alterns aktiv mit. Ziele, Aufgaben und Strukturen des Netzwerks wurden entworfen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) begleitet den Prozess

und wird als Servicestelle in den kommenden drei Jahren die Entwicklung des Landesnetzwerks unterstützen. Sinn ist, Menschen zusammenzubringen, die selbstbestimmtes und aktives Altern und die Teilhabe älterer Menschen stärken wollen. Gemeinsam sollen die Lebenswelten älterer Menschen vor Ort gestaltet werden sowie Zusammenarbeit und fachlichen Austausch.

# Langsam trocknet der Körper aus

Haben Sie heute schon genügend getrunken? / Es gibt ein reiches Angebot an Getränken

Zu einer ausgewogenen Ernährung gehört auch eine ausreichende Trinkmenge. Der menschliche Körper besteht zu mehr als der Hälfte aus Wasser, das er hauptsächlich aus Getränken erhält. Innerhalb des Körpers erfüllt es lebensnotwendige Funktionen. Wasser ist Bestandteil aller Zellen und Körperflüssigkeiten, wirkt als Transport- und Lösungsmittel, ist Reaktionspartner bei biochemischen Prozessen und notwendig für die Regulation der Körpertemperatur. Ständig wird über einige Organe Flüssigkeit ausgeschieden, die dem Körper wieder zugeführt werden muss.

Im Alter stellen sich einige Besonderheiten bei der Aufnahme von Flüssigkeit ein. Der Bestandteil des Körperwassers beträgt bei Senioren nur noch 40 bis 50 Prozent des Körpergewichts. Außerdem kommt es häufig zu erhöhten Flüssigkeitsverlusten, die durch die verminderte Harn-Konzentrationsfähigkeit der Niere, durch ein vermehrtes Schwitzen bei hohen Temperaturen oder mit anderen Erkrankungen (z. B. Durchfall) zu erklären sind.

Ein unbehandelter Wassermangel führt zum Austrocknen des Körpers und kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden führen. Bereits nach zwei bis vier Tagen können harnpflichtige Substanzen nicht mehr ausgeschieden werden und es kann zu Bluteindickung sowie Kreislauf- oder Nierenversagen kommen.



DGE-Ernährungskreis

Die ersten Symptome einer zu geringen Flüssigkeitsaufnahme sind:

- trockene Haut und Schleimhäute (rissige Lippen, Mundtrockenheit, trockene Augen)
- Müdigkeit und Konzentrationsschwäche
- Kopfschmerzen
- Schwindel
- eingeschränkte körperliche Leistungsfähigkeit
- Verwirrtheit
- Verstopfung

Die Hauptursache für eine zu geringe Trinkmenge ist häufig ein vermindertes Durstempfinden, aber auch Medikamenteneinnahme, Schluckstörungen oder auch Angst vor dem nächsten Toilettengang. Als Richtwert sollte man mindestens 1,3 Liter, besser 1,5

Liter Flüssigkeit am Tag zu sich nehmen. Das entspricht täglich etwa sechs Gläsern oder großen Tas-

sen. Um den Durst zu löschen, sind Trink-und Mineralwasser, ungesüßte Früchte-, Kräuter oder Rotbuschtees oder Saftschorlen (Verhältnis 1/4 Saft, 3/4 Wasser) sehr gut geeignet. Auch feste Nahrung trägt zur Gesamtflüssigkeitszufuhr bei. Beispielsweise können Eintöpfe und wasserhaltiges Gemüse und Obst die Flüssigkeitszufuhr erhöhen.

Ein vielfältiges Angebot an Getränken erleichtert das Trinken! Im Grunde sind hier der Fantasie keine Grenzen gesetzt: Kräuter, wie Thymian, Salbei oder Rosmarin, lassen sich hervorragend mit Früchten, wie Melone, Zitrone oder Himbeeren, kombinieren und geben dem Wasser eine besondere Geschmacksnote.

Orangen-Salbei-Wasser: Eine Bio-Orange waschen, in Scheiben schneiden, mit drei bis vier Zimtstangen und fünf bis sechs Blättchen Salbei in einen Glaskrug füllen und mit 1,5 Liter kaltem Wasser auffüllen. 30 Minuten ziehen lassen.

Himbeer-Anis-Wasser: Ein Teelöffel Anissaat, 250 Gramm Himbeeren, zwei Zweige Rosmarin und ein paar Blätter Zitronenmelisse in eine Karaffe geben und mit 1,5 Liter Wasser aufgießen, 30 Minuten ziehen lassen.

#### **Lokale Hilfezentren**

In Rumänien reicht das Einkommen vieler älterer Menschen für Lebensmittel, medizinische Versorgung und andere alltägliche Dinge des Lebens, wie z. B. einen Friseurbesuch, nicht aus. Lokale Hilfezentren bieten nun

kostengünstige Dienstleistungen an und fördern gesellschaftliche Teilhabe. Bisher haben mehr als 1,4 Millionen Menschen das Angebot genutzt, das auch in entlegenen Regionen zur Verfügung steht.

# Heizkostenabrechnung – nach wie vor rätselhaft

Zweiter Teil eines Buches mit sieben Siegeln

# Fortsetzung aus dem vorigen "Seniorenkurier"

Liegen die Kosten für die Heizungswartung in einer plausiblen Größenordnung?

Liegen die Wartungskosten deutlich über fünf Prozent der Energiekosten, ist eine Prüfung empfehlenswert. Es besteht dann der Verdacht, dass Reparaturkosten unzulässigerweise mit einbezogen wurden. In diesem Fall sollte man sich die Rechnung über die Wartung zur Prüfung vorlegen lassen.

# Wurden Kosten für die Bedienung und Pflege berechnet?

Kosten für die Bedienung einer Heizungsanlage fallen z. B. bei einer Erdgasheizung, die in der Regel vollautomatisch läuft, nur unter ganz bestimmten Bedingungen an. Insbesondere bei größeren Anlagen mit mehr als 50 kW Leistung wird in einigen Gerichtsurteilen zugestanden, dass Stell- und Regelarbeiten erforderlich sein können. Man sollte sich vom Vermieter erläutern lassen, welche Bedienungsarbeiten im Einzelnen tatsächlich durchgeführt wurden. Hier ist darauf zu achten, dass Hausmeisterkosten nicht doppelt (in der Nebenkosten- und der Heizkostenabrechnung) abgerechnet werden.

Wie wurde bei verbundenen Anlagen (Heizung und Warmwasserbereitung) der Anteil der Gesamtkosten für die Warmwasserbereitung berechnet?

Häufig dient die zentrale Heizungsanlage nicht nur der Beheizung, sondern auch der Warmwasserbereitung. In diesem Fall müssen zunächst die Gesamtkosten in die Bereiche Heizung und Warmwasser aufgeteilt werden. Dazu verlangt die Heizkostenverordnung den Einbau eines

# Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommen

Wärmemengenzählers, um die für die Warmwasserbereitung verwandte Energiemenge zu messen. Dieser Wert wird dann vom Gesamtenergieverbrauch abgezogen, so dass die Differenz der Heizung zugeordnet werden kann. Anhand des Verhältnisses der beiden Verbrauchswerte werden die Gesamtkosten auf die beiden Bereiche verteilt.

Die Berechnung des Brennstoffanteils für die Warmwasserbereitung am Gesamtbrennstoffverbrauch darf nur unter bestimmten Bedingungen pauschal (32 mal Gesamtwohnfläche = Wert in kWh) berechnet werden. Dies ist nur zulässig, wenn weder die Wärmemenge noch das Volumen des verbrauchten Warmwassers gemessen werden können. Ein solcher Fall der technischen Unmöglichkeit tritt in der Praxis in der Regel aber sehr selten auf. Bei einer Pauschalberechnung sollte man die hierfür notwendige Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde verlangen. Wenn kein plausibler Grund für das Nichtvorhandensein eines Warmwasserzählers genannt wird, sollte man die Rechnung als nicht korrekt zurückweisen und den Einbau eines zentralen Wärmemengenzählers verlangen, der seit dem 1. Januar 2014 ohnehin verpflichtend ist.

Ist die Aufteilung der Heizkosten in Grund- und Verbrauchsanteil korrekt?

Mindestens 30 und maximal 50 Prozent der Heizkosten sind pauschal nach den Flächenanteilen zu verteilen. Die Wahlfreiheit für den Verteilerschlüssel wird durch die Heiz-

kostenverordnung aber teilweise eingeschränkt. In Gebäuden, die nicht die Anforderungen der Wärmeschutzverordnung 95 erfüllen und die mit einer Öl- oder Gasheizung versorgt werden und in denen die freiliegenden Leitungen der Wärmeverteilung überwiegend gedämmt sind, dürfen maximal 30 Prozent der Heizkosten pauschal nach der Fläche verteilt werden. Wichtig ist hier die Feststellung, dass alle Bedingungen erfüllt sein müssen. Eine Bedingung allein reicht für die Verpflichtung zu 30 Prozent Grundkosten zu 70 Prozent Verbrauchskosten nicht aus.

Sind die Verbrauchseinheiten für die Heizung in einer plausiblen Größenordnung?

Man sollte den Anteil der individuellen Verbrauchswerte an der Gesamtsumme mit dem Anteil der Wohnfläche an der Gesamtfläche vergleichen. Überschreitet der Anteil an den Gesamteinheiten den Anteil an der Gesamtfläche um mehr als 100 Prozent. lässt sich das oft nicht mehr allein mit einem Lagenachteil der Wohnung oder mit ungünstigem Nutzerverhalten erklären. Wenn der Anteil an den Verbrauchseinheiten mehr als 20 Prozentpunkte über dem Wohnflächenanteil liegt, gibt es Klärungsbedarf. In diesem Fall kann es sich lohnen, sich die Ableseprotokolle sämtlicher Wohneinheiten zur Prüfung vorlegen zu lassen. Dies darf übrigens nicht mit dem Hinweis auf den Datenschutz verweigert werden.

Bei der Prüfung muss auch ein eventueller Wohnungsleerstand berücksichtigt werden. Auch in leer stehenden Wohnungen muss eine Ablesung erfolgen. Die Kosten hierfür hat in der Regel der Hausbesitzer zu tragen. Auch die Lage einer Wohnung kann vor allem in schlecht gedämm-

ten Häusern zu einem überdurchschnittlichen Verbrauch führen. Die im obersten und untersten Geschoss liegenden Wohnungen haben allein aufgrund der größeren Außenflächen einen höheren Verbrauch. Dieser Effekt wirkt umso stärker, je schlechter das Haus gedämmt ist und umgekehrt. Sind die Verbrauchseinheiten für das Warmwasser in einer plausiblen Größenordnung?

Der Durchschnittsverbrauch für Warmwasser liegt bei 35 bis 40 Liter (60 Grad) pro Person und Tag oder bei 13 bis 15 Kubikmeter pro Person und Jahr. Auch ein Vergleich mit dem Gesamtwasserverbrauch, der meist in der

Nebenkostenabrechnung angegeben wird, ist hilfreich. Rund 30 Prozent des Gesamtwasserverbrauchs lässt sich dem Warmwasser zuordnen. Bei unplausibel hohen Werten gibt es Erläuterungsbedarf seitens des Vermieters oder der Hausverwaltung. Auch hier kann sich ein Blick in sämtliche Ableseprotokolle lohnen.

## **Schon Viele sind sensibilisiert**

Aus der Arbeitsberatung mit den Seniorensicherheitsberatern

Gemeinsam hatten der Landesseniorenbeirat und die Landespolizei am 15. Mai im Ministerium für Inneres und Europa, Raum Hiddensee, eine Arbeitsberatung mit Vertretern der Landespolizei, der Kommunalen Präventionsräte, mit Seniorensicherheitsberatern und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Seniorensicherheit des LSB durchgeführt. Als Gast nahm Geschäftsführer Armin Schlender des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung teil.

Das Landeskriminalamt berichtete über ausgewählte Bereiche der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 und stellte die Dunkelfeldstudie vor. Bei langfristiger Betrachtung der Straftaten ist festzustellen, dass sich auch im vorigen Jahr der abnehmende Trend fortsetzt: Es ist ein Rückgang der Straftaten um 1,5 Prozent gegenüber 2017 zu verzeichnen. Die Entwicklung beim Wohnungseinbruchsdiebstahl ist ebenfalls rückläufig und befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Die Zahlen im Bereich der sogenannten Straftaten zum Nachteil älterer Menschen steigen jedoch kontinuierlich an. Trotz der insgesamt steigenden Fallzahlen bleiben erfreulicherweise über 90 Prozent der Taten im Versuchsstadium stecken. Durch die gute Präventionsarbeit ist die Bevölkerung sensibilisiert, und die Anzeigebereitschaft steigt. In diesem Zusammenhang wurde die Arbeit der Seniorensicherheitsberater sehr gelobt.



Armin Schlender (stehend) in der Diskussion mit den Teilnehmern der Arbeitsberatung

Im Anschluss kam es zu einem regen Erfahrungsaustausch zwischen den Seniorensicherheitsberatern, den Ko-

Projekt Seniorensicherheitsberater wird finanziert durch:

PROVINZIAL

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

ordinatoren der Polizeiinspektionen und den kommunalen Präventionsräten. Armin Schlender, Geschäftsführer des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung, verabschiedete sich in seinen baldigen Ruhestand stellte seine Nachfolgerin Monika Kunisch vor. Hingewiesen sei auf die Broschüre "Im Alter sicher leben". Sie informiert über Kriminalitätsformen, denen ältere Menschen in besonderer Weise ausgesetzt sind, und gibt Tipps zum wirksamen Schutz vor solchen Straftaten. Zu ihnen gehören Gefahren an der Haustür, etwa das Auftauchen falscher Polizeibeamter oder das Vortäuschen falscher Notlagen. und damit verbundene Diebstahlsdelikte sowie Gefahren am Telefon, wie

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15



den so genannten Enkeltrick oder falsche Gewinnversprechen. Weiterhin wird über Internetsicherheit, Gefahren im Internet und Soziale Netzwerke informiert. Außerdem wird auf Gefahren hingewiesen, denen man unterwegs begegnen könne, wie Handtaschenraub, Taschendiebstahl oder dubiose Kaffeefahrten. Wichtige Hinweise finden sich außerdem im Abschnitt Gewalt in der Pflege oder zu den Vorteilen von positiven nachbarschaftlichen Kontakten. Weiterführende Informationen nennen das Angebot der Opferhilfeeinrichtung WEISSER RING sowie Adressen von Polizeilichen Beratungsstellen. Diese und ähnliche Broschüren

sind kostenlos bei allen Polizeidienststellen erhältlich oder im Internet bei https://www.polizei-beratung.de herunterladbar.

> Janet Kunze-Gattermann Landeskriminalamt MV Dezernat 61 / Prävention

Armin Schlender stellte den Entwurf eines Aufrufs der AG Seniorensicherheit beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung an die Schulen und die Kinder- und Jugendarbeit in MV vor, gemeinsam noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, um Seniorinnen und Senioren vor dem "Enkeltrick" zu bewahren. "Auch die Enkel selbst können dabei einen wichtigen Beitrag leisten", heißt es. "Sie haben nämlich zumeist einen ganz besonderen Draht zu Oma und Opa."

# **Goldener Internetpreis 2019 startet**

Bereits zum sechsten Mal lobt ein Bündnis aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft den Goldenen Internetpreis aus. Teilnehmen können Initiativen, die sich für die aktive und

sichere Nutzung von digitalen Möglichkeiten im Alltag älterer Menschen



engagieren, in drei Kategorien: Seniorinnen und Senioren, die als Internetlotsen für Gleichaltrige aktiv sind, generationsübergreifende Projekte sowie vorbildlich vernetzte Gemeinden,

Kommunen und Quartiere. Die Preise sind mit insgesamt 10.000 Euro do-

tiert. Die Gewinner werden von einer Fachjury ausgewählt und zur Preisverleihung im Herbst eingeladen.

Interessierte können sich auf der Website www.goldener-internetpreis.de selbst bewerben oder auch andere nominieren. Die Bewerbungsfrist endet am 31. August 2019. Den Goldenen Internetpreis gibt es seit 2012.

## Gespräche "am Küchentisch"

Die BAGSO dringt auf eine Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Seniorinnen und Senioren in den eigenen vier Wänden. Hilfe zu Hause ist wirkungsvoller, das zeigen Erfahrungen mit präventiven Hausbesuchen bei älteren Menschen. Beratung und Unterstützung im privaten Umfeld können viel individueller erfolgen. Schwierigkeiten in der Bewältigung des Alltags werden früher erkannt und behoben, ebenso wie Stolperfallen in der Wohnung.

"Türen öffnen lohnt sich. Ähnlich wie bei Hebammen, die junge Familien zu Hause begleiten, entsteht bei Gesprächen mit Älteren 'am Küchentisch' schnell ein Vertrauensverhältnis", meint BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering. "Wenn der Hilfebedarf dann größer wird, ist der Kontakt bereits geknüpft."

Aufsuchende Angebote sind auch in der Verbraucherberatung und in der altersmedizinischen Rehabilitation nach Stürzen und Operationen erfolgreich. In der konkreten Wohnsituation können Therapeuten gezielt die Fähigkeiten wiederherstellen helfen, die für die Bewältigung des Alltags erforderlich sind – sei es der Weg in das Badezimmer oder die Treppenstufen in den Garten. Die konkreten Reha-Ziele und die vertraute Umgebung steigern die Motivation der Betroffenen und die Trainingserfolge. Sie tragen auch dazu bei, drohender Vereinsamung entgegenzuwirken.

Barbara Stupp



# LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen Wir kochen täglich frisch für Sie

## RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI. WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.

**Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark** 

Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde

**(**039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

#### **Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**

Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg

☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

# leben!

#### Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark

Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg

☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark

# Gehweg muss Schutzraum bleiben

Die Nutzung von Elektro-Tretrollern soll künftig auf öffentlichen Straßen in Deutschland erlaubt sein. Die BAGSO begrüßt die Entscheidung im Sinne einer nachhaltigen Mobilität grundsätzlich. Kritisch sieht sie jedoch, dass Fahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit von bis zu 12 km/h auf Gehwegen zugelassen werden sollen. Dies bedeute ein erhebliches Risiko für Fußgängerinnen und Fußgänger, insbesondere für Menschen mit motorischen oder kognitiven Einschränkungen. Es ist zu befürchten, dass die Unfallzahlen insbesondere bei blinden und sehbehinderten sowie älteren Menschen steigen werden. Eine Gefahr stellen zudem auf Gehwegen abgestellte Leihfahrzeuge dar. Die BAGSO fordert daher:

- 1. Dort, wo ein Radweg vorhanden ist, müssen alle E-Kleinstfahrzeuge diesen nutzen und dürfen nicht auf dem Gehweg fahren. Das gilt anders als bislang vorgesehen auch dann, wenn diese eine Höchstgeschwindigkeit von maximal 12 km/h haben.
- Soweit Gehwege genutzt werden dürfen (z. B. weil kein Radweg vorhanden ist), darf nur Schrittgeschwindigkeit (maximal 6 km/h) gefahren werden. Ob die Fahrzeuge in Fußgängerzonen zugelassen werden, muss besonders kritisch geprüft werden.
- 3. Leihfahrzeuge, vergleichbar mit den derzeitigen Mietfahrrädern, dürfen nur an vorgesehenen, gesicherten Orten abgestellt werden

- und somit nicht an jeder beliebigen Stelle auf dem Gehweg, wo sie leicht zu Stolperfallen werden.
- 4. Die Einhaltung der vorgenannten Regeln sind mit Bußgeldvorschriften und deren Überwachung sicherzustellen.
- 5. Es muss eine Versicherungspflicht für motorisierte Fahrzeuge aller Art eingeführt werden.

Die Verordnung liegt jetzt dem Bundesrat vor. Die BAGSO fordert die Mitglieder des Bundesrates auf, den Bedenken Rechnung zu tragen und Gehwege als geschützten Verkehrsraum für Fußgängerinnen und Fußgänger zu erhalten.

Barbara Stupp

## **Erster Digital-Kompass-Standort**

Der erste von deutschlandweit 75 geplanten kostenfreien Digital-Kompass-Standorten ist in Gelsenkirchen (NRW) eröffnet worden. Er bietet Kurse sowie persönliche Beratung zum Einstieg in die digitale Welt an und unterstützt ältere Menschen im souveränen Umgang mit dem Internet. Zugleich können sich hier Internetlotsen weiterbilden. "Digitale Angebote können die Lebensgestaltung älterer Menschen verbessern; dazu gehören zusätzliche Kommunikationskanäle und Videotelefonate mit Freunden und Angehörigen genauso wie Mobilitätshelfer in App-Format", erläuterte Gerd Billen, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Vor allem in ländlichen Räumen sollten noch mehr Menschen Zugang erhalten.

Der Digital-Kompass ist ein Projekt der BAGSO und von Deutschland sicher im Netz e.V. in Partnerschaft mit der Verbraucher-Initiative und wird gefördert durch das Bundesministerium. www.digital-kompass.de

## Tiere haben keine Vorurteile

Mit dem GERAS-Preis der BAGSO wurden 2018 Pflegeeinrichtungen und Initiativen ausgezeichnet, die den Alltag von Heimbewohnerinnen und -bewohnern mit Hunden, Katzen, Meerschweinchen, Eseln oder anderen Tieren bereichern. Um die vielfältigen Ideen und Aktivitäten der Preisträger zu würdigen und weitere Einrichtungen zur Einbe-

ziehung von Tieren zu ermutigen, gab die BAGSO unter dem Titel "Leben mit Tieren in Pflegeeinrichtungen" ein Themenheft heraus. "Tiere akzeptieren 'ihre' Menschen bedingungslos, sie haben keine Vorurteile in Bezug auf Altern und körperliche Veränderungen", beschreiben die Autorinnen Ursula Lenz und Ines Jonas das Erfolgsrezept der sogenannten tiergestützten Interventionen in Pflegeeinrichtungen. Das Themenheft kann – auch in größerer Stückzahl – kostenfrei bei der BAGSO bestellt werden. Unter www.bagso.de steht es auch als Download zur Verfügung. Bestellungen: BAGSO, Thomas-Mann-Straße 2–4, 53111 Bonn, Tel. 0228 / 24 99 93 23; bestellungen@bagso.de

Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben, man muss auch unfähig sein, sie auszudrücken.

## LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Rück- und Ausblick in fünf Stunden



Die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung in Grabow

An der Auftaktveranstaltung "Demografiewerkstatt Kommunen" in Grabow nahmen auf Einladung von Landrat Stefan Sternberg auch fünf Mitglieder des Kreisseniorenbeirats teil. Der Landkreis möchte in diesem Projekt mit innovativen Konzepten den Folgen des demografischen Wandels entgegenwirken. Unterstützung bekommt er dabei von dem gleichnamigen bundesweiten Projekt, das durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird.

In einer älter werdenden Gesellschaft



sind Seniorinnen und Senioren eine zunehmend bedeutendere Zielgruppe, sowohl als Zuhörer und Empfänger ehrenamtlich organisierter Unterstützung als auch als potenziell ehrenamtlich Engagierte. Wie dies aktiviert werden kann, soll nun erprobt werden. Das Projekt befasst sich dabei nicht mit einzelnen oder wenigen Aspekten und Handlungsfeldern, sondern stellt den Landkreis mit all sei-

nen Facetten sowie den politischen und administrativen Prozessen in den Mittelpunkt. Es lebt bei seiner Umsetzung auch vom Informations- und Erfahrungsaustausch. Der Kreisseniorenbeirat sieht sich hier als Multiplikator für die Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragten der Gemeinden und Kommunen des Landkreises. Gemeinsam möchte er in dem Projekt mitwirken und den Austausch mit allen Generationen unterstützen.

Jutta Messer Vorstandsmitglied im Kreisseniorenbeirat

Wenn die Menschen nur über Dinge reden würden, von denen sie etwas verstehen – das Schweigen wäre bedrückend.

Robert Lemke (1913-1989), ehemaliger Fernsehmoderator

## **LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD**

#### Seniorenbeirat wird weiter nachhaken

Zu einem Gespräch hatte der Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt Greifswald Kandidaten für die Bürgerschaft eingeladen. Acht von elf Parteien und Wählergruppen stellten sich gut zwei Stunden der Diskussionsrunde. Es waren die Kandidaten Ludwig Spring (Bürgerliste Greifswald), Alexander Krüger (Bündnis 90/ Die Grünen), Dr. Mignon Schwenke (Die Linke), Dr. Andreas Kerath (SPD), Axel Hochschild (CDU), Wolfgang Kastirr (Kompetenz für Vorpommern KfV), Luca Piwodda (Freiparlamentarische Alliance FPA) und Anja Hübner (Tierschutzpartei).

Danach übernahm Iris Gömer, Familienund Präventionsbeauftragte der Stadt – zugleich die Verbindung von Seniorenbeirat und Stadtverwaltung – die Moderation der "Frage- und Antwort-Stunde" zu den Themenbereichen:

- Kostengünstiger ÖPNV
- Bezahlbarer Wohnraum und Mietpreisentwicklung, sozialer und barrierefreier Wohnungsbau bzw. Wohnraum
- Pflege und Sportentwicklung

Es gab ein breites Spektrum an Antworten. Senioren wünschen sich die



Kandidaten der Bürgerschaft Greifswald im Gespräch mit dem Seniorenbeirat

Öffnung von Begegnungsstätten auch an Wochenenden, wobei dies allerdings nur mit hauptamtlichen Mitarbeitern ginge, die durch die Stadt finanziert werden müssten, denn das Ehrenamt sei nur ergänzend als Unterstützung gedacht. Außerdem - so Luca Piwodda von der FPA - sollten Begegnungszentren so ausgebaut werden, dass Jugendliche und Senioren sie gemeinsam nutzen könnten und so einer Entfremdung der Generationen entgegen gewirkt würde. Für generationsübergreifende Projekte stimmte auch Anja Hübner von der Tierschutzpartei.

Seit Jahren bewegt die Senioren der Mangel an öffentlich zugänglichen Toiletten im Stadtgebiet, und so hatten sie deshalb das Projekt "Nette Toilette", das schon in über 260 Städten und Gemeinden praktiziert wird, in die Bürgerschaft eingebracht – leider vergeblich. Das gefällt auch Axel Hochschild nicht, dessen Fraktion CDU die "Nette Toilette" angeschoben hatte. Sowohl er und seine Fraktion als auch Alexander Krüger vom Bündnis90/Die Grünen wollen weiter am Ball bleiben. Der Seniorenbeirat wird erneut nachhaken.

Anita Weiß, Seniorenbeirat

### Erfolge und auch viele Hürden

Der allseits bekannte demografische Wandel bedingt ein Umdenken in und eine Verbesserung der medizinischen Versorgung der älter werdenden Bevölkerung. Dem funktionellen Abbau und der Beeinträchtigung des gesamten Organismus muss entgegengewirkt und der Erhalt der Alltagskompetenz wieder erreicht werden. Schon 2016 unterstützte der Seniorenbeirat Greifswald eine Initiative der CDU-Kreisseniorenunion zur besseren geriatrischen Behandlung der älteren Bevölkerung. 2017 wandten wir uns an



Diskussionsrunde zum Thema Geriatrische Versorgung

Minister Harry Glawe mit der Bitte, sich im Interesse der Senioren\*innen unseres Bundeslandes mit entsprechenden Fachgremien, wie Ärztekammer, Kassenärztliche Vereinigungen u.a., für die gesundheitliche Absicherung im Alter einzusetzen und Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Dass und wie es funktionieren kann, zeigen uns Beispiele der "Klinik für Geriatrische und Orthopädische Rehabilitation" der Medigreif Parkklinik Greifswald unter Leitung von Katja Enderlein und das "Altersmedizinische Zentrum" im Kreiskrankenhaus Wolgast unter Leitung von Prof. Elisabeth Steinhagen-Thiessen. Mit beiden Gesprächspartnerinnen, die man aus unserer Sicht als Protagonisten für den Kampf und die Umsetzung der geriatrischen Versorgung bezeichnen kann, führten der Vorstand des Seniorenbeirats und weitere Gäste eine angeregte Diskussion. Sie schilderten uns nicht nur ihre gegangenen Wege zum Aufbau der Geriatrie und die er-

zielten Erfolge, sondern auch die vielen Hürden bis zum Erreichen des jetzigen Standes. Resümierend lässt sich sagen, dass sich der Seniorenbeirat Greifswald weiter mit diesem so wichtigen Thema auseinandersetzen und stets alle Anstrengungen unternehmen wird, die Politik nicht nur darauf aufmerksam zu machen, sondern auch für eine Verbesserung der geriatrischen Versorgung zu kämpfen.

Anita Weiß, Seniorenbeirat

#### Für Senioren besser erreichbar

"Der harte und langjährige Kampf hat sich endlich gelohnt." Das hob Margot Engelke, ehemalige langjährige Vorsitzende des Seniorenbeirats in Ueckermünde, in ihrer Mitteilung an den LSB hervor. Sechs Jahre hatte es heftige Diskussionen um einen neuen Einkaufsmarkt in der Belliner Straße 67 im Ostteil der Stadt gegeben. Margot Engelke machte sich zur Sprecherin vieler Senioren, denen der Weg in die zwar vorhandenen, jedoch sehr entfernten Einkaufsstätten zu weit war, und ging mit ihrem Wunsch unbeirrbar bis in die Fraktionen der Stadt. Auch Bauamtsleiter und stellvertretender Bürgermeister Jürgen Kliewe bestätigte dies und erinnerte an die Anfänge im September 2016: "Es waren damals die Senioren, die mobil machten."

Erster Spatenstich war im August 2018, im vorigen Monat öffnete der Netto-



Die Seniorentanzgruppe der Volkssolidarität in Ueckermünde-Ost unterstützte neben vielen anderen das Ringen um den neuen Markt

Marken-Discount mit mehr als 1000 Quadratmetern Verkaufsfläche und 86 Parkplätzen. Das Grundstück selbst misst 6600 Quadratmeter, die Zahl der Mitarbeiter beträgt derzeit zwölf. 2,7 Millionen Euro wurden in den Bau investiert. "Wir haben nach neuesten Konzepten gebaut", ergänzte Patrick Muranko, Gebietsleiter Expansion Ost von Netto-Marken-Discount.

## LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

## Rückblick auf 25 Jahre Seniorenbeirat Neubrandenburg

Der Seniorenbeirat der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg blickt auf ein Vierteljahrhundert zurück: Im Haus der Kultur und Bildung fand dazu Mitte Mai die Festveranstaltung statt, an der Oberbürgermeister Silvio Witt und Stadtpräsidentin Irina Parlow teilnahmen. Vom Kreisseniorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte kam Horst Ungelenk, vom Landesseniorenbeirat dessen Stellvertreterin Brigitte Seifert. Peter Lundershausen, seit Februar 2014 Beiratsvorsitzender, hielt einen Rückblick:

1993, schon fünf Jahre vor Gründung des Landesseniorenbeirats, hatte sich die Stadt – als Bundesprojekt – um die Einrichtung eines Seniorenbüros beworben, verbunden mit der Bildung eines Seniorenbeirats. Gewonnen wurde Cornelia Krichelsdorff, eine erfahrene Seniorenpolitikerin aus Bayern. Nach damaligen Vorstellungen sollte es kein

Fortsetzung auf Seite 22



Gratulation für das älteste aktive Beiratsmitglied: Günter Starke (89)



Vorsitzender Peter Lundershausen bei seiner Ansprache
Fotos (2): Stadt Neubrandenburg

#### Fortsetzung von Seite 21

eigenständiger Verein werden, sondern ein Gremium von Verbänden und Einrichtungen, das sich für die Interessen der älteren Menschen und deren Verwirklichung in der kommunalen Politik einsetzte. Hinzu kam die Mitarbeit am Entwicklungsplan "Älter werden in Neubrandenburg". Daraus entstand später der gleichnamige Seniorenwegweiser und -ratgeber. Eine Arbeitsgruppe arbeitete im Frühjahr 1994 Satzung und Geschäftsordnung aus. Zum ersten Vorsitzenden des Sprecherrats wurde Willi Ahlgrimm vom BRH gewählt; ihm folgte Günter Starke, heute mit 89 Jahren Ehrenmitglied des Seniorenbeirats. Vertreter im späteren Landesseniorenbeirat wurden Friedrich Lange und Günter Schult. Mit der einhelligen Anerkennung durch die Stadtvertretung am 9. Februar 1995 wurde die Satzung mit Wirkung vom 1. März 1995 in Kraft gesetzt.

"Erstmalig traten wir im Dezember 1995 in der Stadtvertretung auf", sagte Lundershausen. "Während wir bis 1995 vorwiegend damit beschäftigt waren, uns selbst zu finden und arbeitsfähig zu machen, mischten wir uns ab 1996 in die Seniorenpolitik ein." 1997 traten die Seniorenorganisationen der CDU, PDS und SPD dem Seniorenbeirat bei. 1997 wurde die Satzung geändert und später der Sprecherrat in Vorstand des Seniorenbeirats umbenannt. Amtierender Vorsitzender wurde 2007 Werner Meyer. In den Folgejahren erfolg-

te die Verankerung des Beirats in der Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg, wo es heißt: "Der Seniorenbeirat unterstützt die Oberbürgermeisterin / den Oberbürgermeister und die Stadtvertretung bei der politischen Entscheidungsfindung." Diese Aufgabe, so der Vorsitzende, "haben wir bis heute wahrgenommen und werden auch in Zukunft alles daransetzen, unserer Verantwortung gerecht zu werden."

Im Seniorenbeirat sind heute acht Mitglieder über 80 Jahre alt und noch sehr aktiv. "Die gestiegene Lebenserwartung können wir als Geschenk betrachten, denn die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sind heute gesünder, besser ausgebildet, unabhängiger und aktiver, als das in früheren Generationen der Fall war." Ausgezeichnet mit dem Ehrenamtsdiplom des Landes für überdurchschnittliche Leistungen wurden vier Mitglieder des Beirats, zehn erhielten für ihre langjährige und immer noch sehr aktive ehrenamtliche Tätigkeit eine Ehrenurkunde und eine Sachprämie.

In diesem Jahr entstehen zwei neue Arbeitsgruppen: "Demografischer Wandel" und "Kultur, Sport und Freizeit". Intensiver beschäftigen will man sich auch mit Migration und Familienzusammenführung von Geflüchteten. Hinzu kommen außerdem die Schwerpunkte Wohnungsbau, Verkehrspolitik, Pflege und Gesundheit. Für den nach vier Jahren satzungsgemäß neu zu wählenden Vorstand haben sich Vorsitzender und die fünf Vorstandsmitglieder zur Weiterarbeit bereit erklärt.



Die Zuhörer sparten nicht mit Beifall.

## **LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN**

### **Zwanzig Jahre Wohnpark Zippendorf**

Die 19. Sitzung des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt fand im Pflegeheim Wohnpark Zippendorf statt. Aus dem ehemaligen FDGB-Erholungsheim "Fritz Reuter" direkt am Schweriner Innensee ist eine Seniorenwohnanlage geworden mit stationärer Pflegeeinrichtung, ambulantem Pflegedienst, betreutem Wohnen und Mietwohnen. Im Mittelpunkt steht der Gedanke, den Menschen in seiner Ganzheitlichkeit zu sehen und zu behandeln. Daraus leiten sich folgende verbindliche Grundsätze ab, nach denen das gesamte Team handelt:

- Wertschätzender Umgang
- Ehrlichkeit
- Offenheit
- Kollegialität
- Sauberkeit

2019 wird das 20-jährige Bestehen des Wohnparks gefeiert. Einige Zahlen machen die Bedeutung dieser Einrichtung deutlich: Die Anlage umfasst 281 Betreuungsplätze mit sieben Wohnbe-



Im Gespräch mit Bernd Nottebaum

reichen, eigener Großküche und Wäscherei; 240 Mitarbeiter/innen sorgen sich um das Wohl der Bewohner; der Schwerpunkt der Pflegegrade liegt auf den ersten drei von insgesamt fünf; die durchschnittliche Verweildauer beträgt bei den weiblichen Bewohnern

1,95 und bei den Männern 1,33 Jahre. Insgesamt zeigt sich eine gelungene und angenehme Anlage.

Im zweiten Teil der Sitzung nahm Bernd Nottebaum, Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Ordnung, Stellung zu Problemen der Landeshauptstadt. Noch einmal machte er deutlich, dass in Schwerin keine Wohnungsnot bestünde. Dass es zu wenig Wohnungen am Schweriner See gebe, dürfte bekannt sein. Der Bau von Sozialwohnungen werde von der Stadt Schwerin geplant. Im anschließenden Gespräch ging der Vize-Bürgermeister auf spezielle Probleme in den Stadtteilen ein: Lärm, Parkplätze, Nahverkehr. Die "Abzocke" auf privaten Parkplätzen (ohne Parkscheibe 30 Euro Bußgeld) sei rechtens. Am Ende der Sitzung stellte sich Ines Hennings, Senioren - und Behindertenbeauftragte der Stadt, vor. Eines ihrer ersten Ziele werde eine Bürgerbefragung zum Thema "Senioren in der Stadt" sein.

> Walter Heinrich Seniorenbeirat Schwerin

### Spielplätze auch für Senioren

In der Landeshauptstadt wird die Spielplatzplanung bis 2023 fortgeschrieben. Gedacht ist dabei auch an generationsübergreifende Nutzung, dabei barrierefrei. Außerdem sollen etliche Ruhebänke aufgestellt werden. Dem Seniorenbeirat genügt das nicht. Beiratsvorsitzender Siegfried Schwinn meint: "Wichtig wären aber Bänke mit Rückenlehne." Auch an Möglichkeiten zur Stärkung der Bewegung sollte

man denken. Schwinn nennt ein Beispiel aus Büsum an der Nordsee im Nachbarland Schleswig-Holstein, das er selbst geprüft und für gut befunden hat. Die unterschiedlich zu nutzenden Geräte dort, die zur Körperbewegung anregen wollen, "werden sehr gut angenommen". Schwinn: "Was für Ältere gut ist, ist für junge Menschen auch nicht schlecht."

In Schwerin hat die Wohnungsgesell-

schaft im vergangenen Jahr in der Egon-Erwin-Kisch-Straße im Stadtteil Großer Dreesch einen Bewegungsplatz eingerichtet, auf dem sowohl Senioren als auch Jüngere ihre Kraft, das Gleichgewicht, die Kraft und die Ausdauer verstärken können. "Solche Geräte könnte ich mir auch auf anderen Spielplätzen vorstellen", meint der Beiratsvorsitzende.

Zwei Dinge sind unendlich: das Universum und die menschliche Dummheit. Aber bei dem Universum bin ich mir nicht ganz sicher.

Albert Einstein (1879-1955), deutsch-amerikanischer Physiker

## LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

#### Gute Zusammenarbeit bringt schöne Erfolge



Im Kreistagssaal der Malzfabrik in Grevesmühlen mussten unlängst wieder Stühle gerückt werden - die Sitzgelegenheiten reichten einfach nicht. Die Mitglieder des Kreisseniorenbeirats Nordwestmecklenburg hatten diesmal an alle Bürgermeister eine Einladung geschickt, und es klappte. Sie kamen und brachten aus ihrer Gemeinde Senioren mit. Briefe nur an die Amtsbezirke zu schicken, hatte früher wenig Erfolg. Durch die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung, die für uns Ehrenamtler sehr wichtig ist, erreichen unsere Informationen nun sehr viele Senioren in unserem Kreis.

Wie wichtig dies für die Bewohner in den Landkreisen ist, machte Prof. Ulf Groth, Sprecher der Landesar-



mutskonferenz M-V, in seinen Ausführungen deutlich. Martina Tegtmeier, Mitglied des Landtags und Landesgeschäftsführerin der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in MV e.V., sprach über Eckpunkte und Leitlinien des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts in MV – es wird gegenwärtig erarbeitet. Warum befasst man sich nicht mit der Rente der Ehefrauen, die zu DDR-Zeiten nicht in das damalige Rentensystem eingezahlt hatten – dies und vieles andere mehr wurde gefragt. Seien es Fragen zur Pflege oder über die Gesundheitsvorsorge - die Seniorenkonferenzen werden seit Jahren so gut angenommen, dass zu überlegen ist, ob diese nicht auch in Gadebusch durchgeführt werden sollten.

Karin Lechner

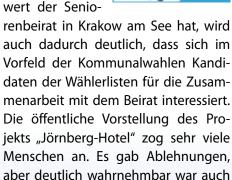
## LANDKREIS ROSTOCK

#### Was in letzter Zeit in Krakow am See geschah

Das fünfzehnjährige Jubiläum des Seniorenbeirats wurde würdig begangen und geehrt, jetzt gilt es, darauf aufzubauen, denn große Aufgaben in unserer Stadt stehen bevor. Unsere Aufgabe ist es dabei, die seniorenrelevanten Themen zu koordinieren. gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern "Naturpark-Schule" und "Jugendbegegnungsstätte" in Neu Sammit, Den Frauen Heike Watzke und Lucia Dirks danken wir sehr für die bisherige Zusammenarbeit. Ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Wokra machte deutlich, dass wir gemeinsam Wege bei der Verschönerung in den Wohngebieten gehen wollen.

Die Kleiderkammer musste wieder einmal aus ihrer Räumlichkeit ausziehen. Dank der Frauen Franziska Frischgesell, Waltraud Reinholdt und Brigitte Voll vom Kirchgemeinderat fand sich eine neue, bessere Möglichkeit in der Langen Straße Nr.9. Die Kleiderkammer ist für unsere Stadt von großer Wichtigkeit. Das sieht auch der Vermieter der jetzigen Einrichtung so. Gegenwärtig befasst sich die Stadtvertretung mit der Zukunft des städtischen Friedhofs. Dazu gab es bereits erste Beratungen und Standpunkte. Als Seniorenbeirat übergaben wir eine schriftliche Stellungnahme. Auf der Regionalkonferenz des LSB in Güstrow berichteten wir über unsere Arbeit. Welchen Stellen-

wert der Senio-



die Zustimmung für einen Neubau. Ihr

schloss sich unser Beirat an.



Jürgen Poleratzki **Ehrenamtsvorsitzender** 

# **LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN**

#### Die Teilnahme hat sich gelohnt

Der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund und sein Förderverein zeigten, was sie drauf haben, und deshalb durften sie nicht fehlen, als es im Rathauskeller und auf dem Alten Markt brummte und -zig Vereine, Verbände und Organisationen aus dem Landkreis Vorpommern-Rügen frühmorgens ihren Stand aufbauten, ihn mit Prospekten, Infomaterialien und Demo-Modellen bestückten und Angebote für Kinder bereitstellten, um für die Besucher der Ehrenamtsmesse gerüstet zu sein. Ab 10 Uhr wurden Workshops angeboten. Die Ehrenamtsstiftung Mecklenburg- Vorpommern informierte über Fördermöglichkeiten. Zur Einführung einer Ehrenamtskarte bestand bei den Teilnehmern großer Diskussionsbedarf. Nach der offiziellen Eröffnung durch Vertreter der Landesregierung, des Landkreises, der Stadt und durch Abgeordnete folgte das unterhaltsame Bühnenprogramm, und ein Rundgang der "Regierung" begann. Noch druckfrisch konnte der Senioren-Ratgeber 2019 für Stralsund und Umgebung übergeben werden, enthält er doch die aktuellen Informationen über die ehrenamtliche Arbeit des Senio-



Auf der Ehrenamtsmesse dabei (v.l.n.r.): Giesela Müller vom Seniorenbeirat, die Landtagsabgeordnete Ann Christin von Allwörden, Jürgen Kaiser (Seniorenbeirat), Europaabgeordneter Werner Kuhn und Peter Sobottka (Seniorenbeirat)

renbeirats und des Fördervereins Seniorenbeirat Stralsund e.V. Informativ und gut strukturiert sind die Angebote und das gesellschaftliche Leben in Stralsund dargestellt. Besonders Senioren fragten nach, aber auch die jüngere Generation erkundigte sich nach Betreuungsangeboten für die betagten Eltern. Neuhinzugezogene interessierten sich für die Möglichkeiten, aktiv zu werden. Auch die örtliche und überregionale Presse war an unserem Stand interessiert und berichtete. An den einzelnen Ständen war viel Betrieb, und es wurden gute Gespräche untereinander geführt.

Unser Fazit ist: Die Teilnahme hat sich gelohnt. Es ist immer eine gute Möglichkeit, das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder der Seniorenbeirats und seines Fördervereins zu präsentieren und zum Mitmachen aufzurufen.

Giesela Müller AG Öffentlichkeit und Medien

### Projekte und Aktivitäten generationsübergreifend

Die ersten Frühlingsblüher sind im "Garten für alle" im Stralsunder Zoo zu entdecken. Für die "Kindergärtner" des Montessori-Kinderhauses in Grünhufe, die am Projekt "Gartenglück – gemeinsam gärtnern macht stark" mitwirken, war es stets noch zu kalt, mit der Gartenarbeit zu beginnen.

Aber der 15. Mai bedeutete den ersten Gartentag in diesem Jahr. Alle Kinder waren mit Begeisterung dabei, Radieschen und Blumen zu säen. Anschließend gab es eine Geschichte, und die Klettermöglichkeiten im



Vorlesestunde mit Monika Kleist vom Seniorenbeirat

Zoo wurden erprobt. Aber auch in der kalten Jahreszeit hielten Mitglieder des Seniorenbeirats Verbindung zu der Kindereinrichtung. So fanden Vorlesestunden statt. Das Mitglied des Seniorenbeirats Monika Kleist hatte sich in der Stadtbibliothek interessante Bücher ausgeliehen. Aufmerksam lauschten die Kinder den Geschichten.

Mit der Integrierten Gesamtschule Grünthal besteht seit dem 4. März 2000 eine Zusammenarbeit. Zahlreiche generationsübergreifende Projekte und Aktivitäten wurden seither durchgeführt. So fand am 25. März

Fortsetzung auf Seite 26

#### Fortsetzung von Seite 25

das "Kreative Gestalten zum Osterfest" statt. Die Lehrerin, Frau Kristen, hatte alles gut vorbereitet. So konnten die Schülerinnen und Seniorinnen ihre kreativen Fähigkeiten ausleben. Es entstanden Vögel, aus Filz und Federn genäht und geklebt, Eier wurden mit Tauch-Technik gefärbt,



Osterbasteln mit Bärbel Junge vom Seniorenbeirat

außerdem gab es filigrane Papier-Eier. Die Kunstwerke schmückten den heimischen Osterstrauß. Es wurde erzählt und besprochen wurden weitere Vorhaben.

Auch die Vorstellungen der Theater-AG der Schule besuchten Mitglieder des Seniorenbeirats; sie hatten viel Freude an den Darstellungen.

gmü

#### Gäste aus Kiel beim Beirat zu Gast

Zu einem Erfahrungsaustausch kamen für fast drei Tage der Vorsitzende des Kieler Seniorenbeirats Michael Scholz und fünf Vorstandsmitglieder zum Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund. Nach der Begrüßung begannen sofort in Gruppen intensive Gespräche über die Arbeit in den Partnerstädten. Neben vielen gemeinsamen Interessen kamen auch Unterschiede zur Sprache. Zahlreiche Themen wurden für die nächste Begegnung im Oktober in Kiel fixiert. Am zweiten Tag gab es eine Stadtbesichtigung, u. a. mit einem Besuch des Tapetensaales in der Welterbe-Ausstellung und in der Schifferkompagnie. Eine Besichtigung des Rathauses und ein Gespräch mit der Stellvertreterin des Bürgerschaftspräsidenten Maria Quintana-Schmidt rundeten den Tag ab. Arbeitsatmosphäre kennzeichnete auch



Teilnehmer der Gesprächsrunde im Stralsunder Rathaus

den dritten Tag. Eine ausführliche Aussprache zum Förderverein Seniorenbeirat Hansestadt Stralsund stieß auf großes Interesse bei den Kieler Gästen. Mit herzlichen Worten bedankte sich Michael Scholz beim Beiratsvorsitzenden und seinen Mitstreitern Jürgen Kaiser,

Peter Sobottka, Jutta Lüdecke, Monika Kleist und Peter Mühle sowie beim Vorsitzenden des Fördervereins, Dr. Eckard Buchholz, für die sehr gute Betreuung. Er freue sich auf den Gegenbesuch in Kiel und auf die dann vorgesehenen Workshops.

Dr. Georg Weckbach

#### **Ernstes Thema in lockerer Runde**

Der Seniorenbeirat des Ostseebades Wustrow hatte zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung eingeladen und konnte dazu Justizministerin Katy Hoffmeister gewinnen. Sie machte dabei ihre Zusage an den Landesseniorenbeirat wahr. Vor rund 40 Senioren erläuterte die Ministerin an vielen Beispielen, wie wichtig eine Vorsorgevollmacht nicht nur für Ältere, sondern auch für die jüngere Generation ist. Jüngster Zuhörer im Raum war wohl der Wustrower Bürgermeister



Gespannt lauschen die Teilnehmer den Ausführungen der Justizministerin

Daniel Schossow, der nicht nur zur Begrüßung erschienen war, sondern viele Anregungen zu dem Thema für sich selbst mitnehmen konnte. Zum Thema Patientenverfügung riet die Justizministerin allen Anwesenden, eine solche nur gemeinsam mit einem Arzt des Vertrauens zu verfassen. Der Vortrag und die anschließende Diskussion verliefen in einer angenehmen und lockeren Atmosphäre und regten dazu an, sich noch einmal in der Familie mit diesem Thema zu befassen.

Barbara Schneider

# Manche Einhundertjährige noch aktiv

Alterssurvey gibt Auskunft über Lebenszufriedenheit und Gesundheit

Die meisten älteren Menschen in Deutschland sind mit ihrem Leben zufrieden und bleiben es bis ins hohe Alter. Frauen haben die höhere Lebenserwartung. Bei der Betreuung von Enkelkindern holen die Männer auf und kümmern sich inzwischen ähnlich wie Frauen darum.

Das sind drei zentrale Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys 2017 zum Thema "Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte – Älterwerden im sozialen Wandel". Der Deutsche Alterssurvey ist die wichtigste Langzeitstudie über das Älterwerden. Seit mehr als 20 Jahren werden Frauen und Männer, die 40 Jahre und älter sind, auf ihrem Weg ins höhere und hohe Alter wiederholt befragt.

Bundesseniorenministerin Dr. Franziska Giffey: "Länger leben bei weitgehend guter Gesundheit und großer Lebenszufriedenheit – das ist der schönste Effekt des demografischen Wandels. Dazu tragen wesentlich eine gute Gesundheitsversorgung und eine stabile Absicherung im Alter bei. Wichtig sind aber auch sinnstiftende Tätigkeiten. Auch Ältere wollen sich weiterhin einbringen und Verantwortung übernehmen.

Die Ergebnisse der Untersuchung im Einzelnen:

Lebenszufriedenheit: Frauen im mittleren Erwachsenenalter sind etwas zufriedener als Männer. Im hohen Alter kehrt sich das um. Bei den "jüngeren Älteren" (1950er Jahrgänge) dürfte die Lebenszufriedenheit im hohen und sehr hohen Alter noch höher liegen als bei den heutigen älteren Frauen und Männern.

Einsamkeit: Sie ist kein unausweichliches Schicksal im Alter. Das Risiko dafür hat in den letzten Jahrzehnten nicht zugenommen. Nur wenige Menschen im mittleren und hohen Alter fühlen sich einsam. Erst im sehr hohen Alter kommt es zu einem Anstieg der Einsamkeit – bei Frauen etwas stärker als bei Männern.

Gesundheit: Frauen sind gesundheitlich stärker funktional eingeschränkt als Männer, zum Beispiel beim Treppensteigen oder Tragen von Einkaufstaschen. Dieser Geschlechterunterschied verstärkt sich mit dem Alter noch. Die eigene Gesundheit schätzen hingegen Frauen und Männer subjektiv ähnlich ein.

Unterstützung und Pflege: Die Übernahme von Sorgetätigkeiten im privaten Umfeld erfolgt weiterhin meist durch Frauen. Sie engagieren sich bei der Unterstützung und Pflege gesundheitlich eingeschränkter An-

gehöriger stärker als Männer. Dabei übernehmen Frauen diese Sorgetätigkeiten nicht nur häufiger; sie tun dies verstärkt bereits im späten Erwerbsalter. Im Ruhestand steigt auch die Beteiligung der Männer etwas an. Betreuung von Enkelkindern: Sie wird ebenfalls häufiger von Frauen als von Männern übernommen. Allerdings haben Männer hier aufgeholt, und so beteiligen sich Männer jüngerer Jahrgänge ähnlich häufig wie Frauen. Bei der Enkelkinderbetreuung zeigt sich somit eine Annäherung zwischen den Geschlechtern.

Zum Tag der älteren Generation sprach Ministerin Giffey mit 100-Jährigen über das Leben in diesem hohen Alter. "Einhundert Jahre alt zu werden, davon träumen viele, aber nur wenige schaffen das", sagte sie. "Ich bin beeindruckt von ihrer großen Zufriedenheit und ihrem Optimismus. Sie leben selbstbestimmt und selbstbewusst, sind nach wie vor aktiv und nehmen sich auch noch einiges vor. Damit sind sie Vorbild für viele andere." Über hochaltrige Menschen jenseits des 80. Lebensjahres gibt es bisher wenig wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse, denn viele sind nicht mehr in der Lage, ein umfangreiches Erhebungsgespräch zu führen.

# **Vorschlag zur Grundrente**

Netzwerk Gerechte Rente fordert die Einführung ohne Bedürftigkeitsprüfung

Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung müssen sich auch für Menschen lohnen, die unterdurchschnittlich verdienen. Durch den vor allem in Ostdeutschland ausufernden Niedriglohnsektor und das seit der Jahrtausendwende deutlich abgesunkene Leistungsniveau der gesetzlichen Rente steigt jedoch der Anteil der Rentner\*innen, die trotz vieljähriger

Beschäftigung nur eine geringe Rente beziehen, zum Teil sogar unterhalb des Grundsicherungsniveaus. Die Erhöhung der Rente solch langjähriger Beitragszahler\*innen ist daher sozialstaatlich dringend geboten, ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung von Altersarmut und nicht zuletzt eine Anerkennung der Lebensleistung vieler Bürger\*innen.

Genau hier setzt der Vorschlag vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, an. Laut dem vorgelegten Konzept zur Grundrente sollen diejenigen, die mindestens 35 Jahre lang gearbeitet haben, aber im Schnitt weniger als 80 Prozent des Durchschnittsgehalts verdient haben, einen Zuschlag

#### Fortsetzung von Seite 27

in Höhe von maximal 448 Euro (brutto) erhalten. Erziehungs- und Pflegezeiten werden bei den 35 Pflichtjahren mitgezählt. Flankiert werden soll diese Grundrente von einem Freibetrag beim Wohngeld, damit Anspruchsberechtige durch die Rentenerhöhung hier keine Nachteile erfahren. Für diejenigen Rentner\*innen, für die die Verbesserungen noch immer zu keiner Rentenhöhe oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen, soll ein Freibetrag auf das Einkommen aus der gesetzlichen Rente ein Alterseinkommen über der Grundsicherung garantieren. Gemeinsam mit ihren Bündnispartnern aus dem Netzwerk für eine gerechte Rente fordert die Volkssolidarität die rasche Einführung der Grundrente. Entscheidend hierbei sei, dass die

Grundrente, wie vom Bundesminister vorgesehen, ohne Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werde, da so ihr Charakter als Rentenleistung erhalten bleibe und auch Senior\*innen mit einem Einkommen leicht oberhalb der Grundsicherung von den Verbesserungen profitieren. Verbesserungsbedarf sieht die Volkssolidarität in den starren Zugangsvoraussetzungen, da 35 Beitragsjahre für viele Menschen aus privaten, gesundheitlichen oder arbeitsmarktbedingten Umständen nicht erreichbar seien. Hier fordert der Verband eine Voraussetzung von 30 Versicherungsjahren, bei denen auch Zeiten der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden.

Außerdem spricht sich die Volkssolidarität dafür aus, die Grundrente für Rentenneuzugänge zu befristen. Durch eine unbefristete Umsetzung würden Arbeitgeber\*innen, die zu geringe Löh-

ne zahlen, dauerhaft und auf Kosten der Steuerzahler\*innen indirekt subventioniert und der Niedriglohnsektor legitimiert. Nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Alterssicherung gelte es jedoch, den Niedriglohnsektor zu bekämpfen. Eine zielführende Maßnahme sei hier die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der langjährig Vollzeitbeschäftigte strukturell vor Altersarmut schütze.

Das Netzwerk für eine gerechte Rente ist ein Bündnis aus Sozialverbänden und Gewerkschaften, die sich für eine zukunftsfähige und lebensstandardsichernde gesetzliche Rente für heutige und zukünftige Rentnergenerationen einsetzen. Neben der Volkssolidarität gehören ihm der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der VdK, der So-VD, die AWO sowie die Katholische Arbeitnehmerbewegung an.

# **Herzblut und Kompetenz**

#### Zahlreiche Projekte und Initiativen gegen Einsamkeit im Alter

Innerhalb des Fachkongresses "Einsamkeit im Alter vorbeugen und aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen" in Berlin zeichneten Bundesministerin Dr. Franziska Giffey und der BAGSO-Vorsitzende Franz Müntefering 15 Projekte und Initiativen gegen Einsamkeit im Alter aus. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hatte die BAGSO den Wettbewerb "Einsam? Zweisam? Gemeinsam!" aus-

geschrieben, an dem sich rund 600 Projektträger beteiligten.

Die Preise im Gesamtwert von 22.500 Euro wurden in fünf Kategorien vergeben. Einen ersten Preis erhielt der Caritasverband Frankfurt am Main für sein Projekt "Wegbegleiter und Interkulturelle Öffnung", in dem ältere Migrantinnen und Migranten durch ehrenamtliche Wegbegleiter in ihrer jeweiligen Muttersprache zum Beispiel bei Behördengängen unterstützt werden.

Weitere erste Preise gingen nach Hamburg, Uerdingen bei Krefeld (NRW), Kaiserslautern und Kernen in Baden-Württemberg.

BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering war beeindruckt von der Vielfältigkeit des Engagements und der Ideen. "Bei allem spürt man, mit wieviel Herzblut und Kompetenz sich die Projekte und Initiativen, insbesondere auch im ehrenamtlichen Bereich, für Ältere engagieren", sagte er.

# Verschärfte regionale Zerrissenheit

#### Paritätischer Wohlfahrtsverband fordert armutspolitische Offensive

Der Paritätische Wohlfahrtsverband reagiert auf die Studie des Wirtschaftsund Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zu "Haushaltseinkommen im regionalen Vergleich" mit der Forderung nach einer armutspolitischen Offensive. Hinter den aufgezeigten regionalen Diskrepanzen bei den verfügbaren Haushaltseinkommen verberge sich ein massives Armutsproblem. Der Verband warnt vor regionalen Armutsspiralen und fordert die Beibehaltung des Solidaritätszuschlags und den ge-

zielten Mitteleinsatz in strukturschwachen Regionen.

Das Bild der regionalen Zerrissenheit habe sich noch einmal verschärft, betrachte man statt der Durchschnittseinkommen die regionalen Armutsquoten. "Deutschland ist – nicht nur,

was die Einkommen, sondern vor allem was die Armut angeht – ein nicht nur sozial, sondern auch regional zutiefst zerrissenes Land", so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Die gemeinsame Armutsquote von Bayern und Baden-Württemberg liege

bei 12,1 Prozent, während es in Mittel- und Norddeutschland 17,3 Prozent sind. "Der armutspolitische Graben verläuft zwischen Süddeutschland und dem Rest der Republik."

Der Paritätische fordert ein umfassendes Maßnahmenpaket zur offensiven Armutsbekämpfung und zur Unterstützung der von Armut besonders betroffenen Regionen. "Die regionale Betrachtung zeigt: Es geht bei Armut nicht nur um individuelle Schicksale und Problemlagen, sondern um echte Strukturprobleme."

Gwendolyn Stilling

# **Antrag aus Norddeutschland**

Gesamtverband unterstützt Deckelung der eigenen Pflegekosten

Mit einem Brief an die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit im Bundesrat wirbt der Paritätische Wohlfahrtsverband um Unterstützung des Antrags der norddeutschen Bundesländer zur finanziellen Entlastung Pflegebedürftiger. Der Verband weist darauf hin, dass notwendige Verbesserungen in der Pflege mit zusätzlichen Kosten von bis zu zehn Milliarden Euro verbunden sind. Diese Mehrkosten dürften keinesfalls zur weiteren Last der Pflegebedürftigen gehen. Notwendig seien eine Deckelung des Eigenanteils bei den Pflegekosten und ein kräftiger steuerfinanzierter Zuschuss.

"Die Menschen erwarten zu Recht Lösungen von der Politik. Den Antrag ins Leere laufen zu lassen, würde auf völliges Unverständnis stoßen", appelliert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, an den Bundesrat. Bereits jetzt seien rund 40 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen von Sozialhilfe abhängig, weil sie die Pflegekosten nicht aufbringen können. Positiv reagiert der Wohlfahrtsver-

band auf den Vorstoß der Sozialdemokraten, den Eigenanteil der Pflegekosten für Pflegebedürftige und ihre Angehörige zu deckeln und stattdessen die Pflegekassen stärker in die Pflicht zu nehmen. Es handle sich hier um eine echte und überfällige Neuausrichtung, um künftig nicht nur gute Pflege zu gewährleisten, sondern die Betroffenen auch vor Armut zu schützen.

Was die Neuregelung der Pflegefinanzierung betrifft, so kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die bisherigen Pflegereformen als Stückwerk. Was fehle, sei ein Gesamtkonzept zur Behebung des Pflegenotstands und ein Plan zur nachhaltigen Finanzierung. Der Verband fordert die Einführung einer einheitlichen solidarischen Bürgerversicherung für alle.

"Der Pflegenotstand ist zur Dauerkrise geworden, unter der alle Beteiligten leiden: die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen sowie die Pflegekräfte. Was es braucht, ist endlich ein beherztes Gesamtkonzept", so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Gute Pflege brauche viele Hände und mehr Zeit und das koste auch mehr Geld, das im System bisher fehlt. Die Frage der Pflegefinanzierung gehöre daher zwingend auf die Agenda.

Gwendolyn Stilling

# Thema noch zu wenig etabliert

Bessere Pflege ist nur durch wirksamen Verbraucherschutz möglich

Durch einen wirksamen Verbraucherschutz kann die Qualität der Altenpflege in Deutschland spürbar verbessert werden. Diesen Standpunkt vertritt der BIVA-Pflegeschutzbund. In den meisten Wirtschaftsbereichen wird das Recht der Verbraucher vor schlechter Leistung und finanzieller Übervorteilung effizient mit juristischer Hilfe umgesetzt und dient als Instrument der Qualitätsverbesserung. Im Pflegesektor dagegen ist ein starker Verbrau-

cherschutz nicht vorhanden. Die Pflege in Deutschland ist marktwirtschaftlich organisiert. Marktwirtschaft führt dann zu guten Ergebnissen, wenn auf der Nachfrageseite souveräne, informierte Verbraucher dem Unternehmer gegenüberstehen. Nur mit starken Verbrauchern gibt es einen Wettbewerb um die bestmögliche Qualität. Pflegebedürftige sind als Verbraucher jedoch schwach, da sie sich in einer Situation der Abhängigkeit befinden

und teils durch körperliche oder kognitive Einschränkungen nicht in der Lage sind, ihre Rechte einzufordern. Daher brauchen sie einen effizienten Verbraucherschutz, der ihre schwache Position stärkt. Doch anders als etwa im Krankenhaussektor ist das Thema Verbraucherschutz in der Altenpflege wenig etabliert. Und das, obwohl Pflegebedürftige, anders als im Krankenhaus, den größten Teil der Kosten selbst bezahlen müssen.

# Unwürdig für Pflegebedürftige

AWO: Ursache geht auf ein Gesetz von 1995 zurück

Auch die AWO hat beim Bundestag eine Petition eingebracht: Eigenanteil bei stationärer Pflege begrenzen! Vorstandsmitglied Brigitte Döcker erklärte: "Die Schmerzgrenze ist längst überschritten, denn sogar direkt durch die Pflege entstehende Kosten sind inzwischen in den zu zahlenden Eigenanteilen enthalten. Doch von Seiten der Politik wurde das Thema bisher nicht ernsthaft angegangen." Bereits 2017 lagen die Kosten, die eine versicherte Person selbst übernehmen musste, im Bundesdurchschnitt deutlich über der durchschnittlichen Rentenleistung. Wegen der gestiegenen Kosten in den

letzten Jahren würden künftig immer mehr Rentenbeziehende gezwungen sein, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, um ihre Pflege bezahlen zu können. Das sei unwürdig und führe auch bei den Angehörigen zu extremen Unsicherheiten. Die Ursache liege in einer gesetzlichen Regelung. Als man 1995 die Pflegeversicherung einführte, wurden die Leistungsbeträge der Pflegekassen gesetzlich festgeschrieben und nicht dynamisiert.

Die Erhöhungen der Leistungsbeträge der Pflegekassen in den folgenden Jahren waren bei Weitem nicht ausreichend. Somit tragen die pflegebedürftigen Menschen alle Kostensteigerungen. "Aus Sicht der AWO ist es notwendig, Pflegekosten bundeseinheitlich zu definieren", betonte Brigitte Döcker. Eine Pflegeversicherung müsse die Menschen absichern und ihnen sowie ihren Angehörigen Sicherheit geben.

Zum Vergleich: Ende 2017 lag das durchschnittliche Netto-Rentenein-kommen monatlich in den alten Bundesländern bei 1.231 und in den neuen Bundesländern bei 1.169 Euro. Die durchschnittlichen Heimkosten lagen bei monatlich circa 1.750 Euro.

# Prüfergebnisse zeigen sich erschreckend

Gewalt in der Pflege ist weit verbreitet – Abhilfe dringend erforderlich

Tausende von alten Menschen erleben in Deutschland täglich Gewalt in der Pflege. "Der Kampf gegen diese Missstände wird nicht ausreichend geführt", beklagt BIVA-Vorsitzender Dr. Manfred Stegger. Immer wieder werde von den verantwortlichen Stellen von "bedauernswerten Einzelfällen" gesprochen, weil der gerichtswirksame Nachweis schwer zu erbringen sei und häufig Aussage gegen Aussage stehe.

Gewalt und Misshandlung in der Pflege reichen von verbalen Ausfällen, grober Vernachlässigung und gesundheitsrelevanten Pflegemängeln bis hin zu körperlichen Übergriffen. Bei rund 20 Prozent der Beratungsfälle, die von der BIVA bearbeitet werden, spiele Gewalt eine Rolle. Außerdem weisen die Prüfergebnisse der stationären Einrichtungen des Medizinischen Dienstes jedes Jahr erschreckende Zahlen aus. So entspre-

chen bei rund 107.000 Bewohnern von Heimen die behandlungspflegerischen Maßnahmen nicht den ärztlichen Anordnungen – mit unabsehbaren Folgen für die körperliche und seelische Situation der Betroffenen. Bei mehr als 5.000 Menschen, die durch freiheitsentziehende Maßnahmen ruhig gestellt werden, liege keine Einwilligung oder Genehmigung dafür vor.

# Kulturelle Vielfalt in der Altenpflege

Mehrsprachige Pflegekräfte mit mehrjähriger Ausbildung sind willkommen

Bereits 2030 sollen 2,8 Millionen Migranten in Deutschland Rentner sein. Darunter sind viele Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen und sich eher in familiären Netzwerken eingerichtet haben. Wenn diese Menschen im Alter Hilfe brauchen, ist es entscheidend, dass die Pflege auf ihre Herkunft und Sprache Rücksicht

nimmt. Genau dies hat das Berliner Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe im Blick. Es verbindet die Themen und Tätigkeitsfelder "Alter(-n), Migration und Versorgungsstrukturen" systematisch und fungiert als Informations-, Austausch- und Vernetzungsplattform. Seine Leiterin Dr. Nadia Nagie betont, die kulturel-

le Vielfalt in der Altenpflege werde oft unterschätzt. Unter den neu einwandernden Menschen, etwa aus arabisch sprechenden Ländern, seien viele schon älter. Der Bedarf an mehrsprachigen Pflegekräften sei daher groß, besonders an qualifiziertem Personal mit mehrjähriger Ausbildung.

## **Zwei Vorbilder im Ausland**

In den Niederlanden gibt es bei der Rente das so genannte Cappuccino-Modell

Obwohl Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, leiden immer mehr Rentner unter Altersarmut. Heute sind rund 16 Prozent aller Rentner betroffen, bis 2036 sollen es etwa 20 Prozent sein. Es gibt Ökonomen, die glauben, dass dieser Trend sich noch aufhalten, zumindest aber abmildern lie-

ße. Zwei unserer Nachbarländer gelten dabei als Vorbilder: die Niederlande und Österreich. In den Niederlanden gibt es das so genannte Cappuccino-Modell, ein dreiteiliges System aus einer Grundrente, einer betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Es führt dazu, dass die meisten Rentner genauso viel Geld

zur Verfügung haben wie zu der Zeit, als sie noch arbeiteten. Auch in Österreich gilt als oberster Grundsatz, dass die Rente im Alter den Lebensstandard sichern muss. Nach 45 Jahren im Berufsleben bekommt ein Rentner etwa 80 Prozent seines bisherigen durchschnittlichen Bruttoeinkommens.

Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist Weltanschauung der Leute, welche die Welt nie angeschaut haben.

Alexander von Humboldt (1769-1859), deutscher Naturforscher und Begründer der Pflanzengeographie

#### **IMPRESSUM**

## Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Mai 2019; Redaktionsschluss für Nr. 3/2019: 15. August 2019

# Holl di Kopp un Nacken stief!

Smäd dien lesen, wenn dat gläuht, plück de Blaum di, wenn s' noch bläuht, freu di, wenn't di baden!

Oft is't morgen all tau lat,
Läben hett ein kort Vörfat,
sitt lüttup vull Maden.

Oft ward Glück un Hopen beit, un in Tru'r verklingt ein Leid, dat wi lustig singen. Hoegen wohrt 'n Ogenblick – Schicksal höllt uns stramm an'n Strick, lett sick högup springen.

Holl di Kopp un Nacken stief! Flenn nich as 'n hülplos Wief, liggt de Pott in Schören! Gnägeln is tau nicks nich nütt; Nimm, wat di de Herrgott bütt, lachend – as de Gören!

Helmuth Schröder (1842-1909) Plattdütsch Dörpschaulmeister un Dichtersmann ut Spornitz bi Pütt (Parchim)



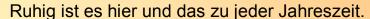
# Informieren Sie sich. Wir beraten Sie gern.

Vollstationäre Pflege Kurzzeitpflege Verhinderungspflege Urlaubspflege Betreutes Wohnen Mietwohnen

## Der Wohnpark Zippendorf ist eine

Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.



Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der "Einkaufsquelle", bei einem Besuch im "Residenzcafé", bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.



## Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45, 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de